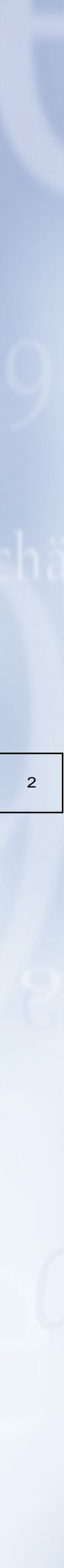


INHALT

Vorworte	3
1999 auf einen Blick	6
Die Arbeitsmarktlage	8
Die Ziele 1999	10
Die Vermittlung	12
Die Förderung	14
Die Existenzsicherung	24
Die Ausländerbeschäftigung	26
Der Personalbericht	27
Interne Projekte	28
Der Finanzbericht	30
Die Organisation	40



Das vergangene Geschäftsjahr war für das Arbeitsmarktservice ein sehr erfolgreiches Jahr. So ist es gelungen, nach Jahren steigender Arbeitslosigkeit 1994-1998 eine Trendwende am Arbeitsmarkt einzuleiten, die sich bis Jahresende zu einer nachhaltigen Erholung am Arbeitsmarkt verfestigt hat. Auch im laufenden Jahr erwarten wir eine weiterhin deutlich sinkende Arbeitslosenquote. Die Zahl der unselbständig Beschäftigten erreichte im Jahresdurchschnitt einen neuen Höchstwert. Dem AMS gelang in diesem positiven Wirtschaftsklima ein deutlicher Ausbau der Jobvermittlung bei gleichzeitiger massiver Ausweitung der integrationsunterstützenden Fördermaßnahmen. Damit hat das Arbeitsmarktservice zur positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt sehr wesentlich beigetragen.

Die Ausweitung der Beschäftigung erfolgte vor allem im Dienstleistungsbereich und konnte vom AMS verstärkt für die Vermittlung von Arbeitssuchenden genutzt werden. So fanden im Vorjahr fast 431.500 Arbeitslose wieder einen Arbeitsplatz, das waren um 27.000 oder knapp 8 Prozent mehr als im Vorjahr. Jeder vierte Jobsuchende wurde innerhalb eines Monats auf ein neues Arbeitsverhältnis vermittelt, nahezu 90 Prozent innerhalb von sechs Monaten. Auch für diesen Erfolg war neben der guten Konjunktur der Ausbau der Fördermaßnahmen im Rahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik verantwortlich. Diese trugen wesentlich dazu bei, die Qualifikation und damit die Vermittelbarkeit der Jobsuchenden zu erhöhen.

Die Ergebnisse des Jahres 1999 zeigen, dass das AMS die ihm von der Politik und dem Verwaltungsrat übertragenen Ziele im Rahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik hervorragend bewältigt hat. So konnte der Zustrom in die Langzeitarbeitslosigkeit deutlich gesenkt werden. Das im Nationalen Aktionsplan für Beschäftigung (NAP) definierte Ziel, die Übertrittsquote in die Langzeitarbeitslosigkeit bis 2002 zu halbieren, wurde mit einer Reduktion von 9 auf 4,6 Prozent bei den Jugendlichen 1999 schon fast erreicht. Bei den Erwachsenen konnte der Anteil der Übertritte in die Langzeitarbeitslosigkeit von

knapp 7 auf 4,7 Prozent gesenkt werden. 1999 waren bereits mehr als 17 Prozent der Job-suchenden in aktive Maßnahmen einbezogen. Einen besonderen Erfolg stellt die Reduzierung der Arbeitslosenquote nach EU-Standard auf 3,7% dar, womit das AMS dem Ziel des NAP, die Arbeitslosenquote bis 2002 auf 3,5% zu senken, bereits sehr nahegekommen ist. Weitere Erfolge wurden 1999 auch bei der Qualifizierung und Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt sowie bei der Akquisition von offenen Stellen erzielt.

Das fünfte Geschäftsjahr des Arbeitsmarktservice war zudem geprägt von der weiteren internen Professionalisierung und Weiterentwicklung der Organisation wie im Längerfristigen Plan des AMS bis 2002 festgeschrieben. Die markt- und kundengerechte Gestaltung der AMS-Dienstleistungen ist das Ziel der Reformen im Beratungs- und Vermittlungsservice. Aufbauend auf einer bedarfsorientierten Kundensegmentierung wurde ein neues Organisationsmodell erarbeitet, das als Pilotprojekt in sechs regionalen Geschäftsstellen derzeit erprobt wird. Darüber hinaus soll durch eine Zusammenführung von Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung das Prinzip „Ein Kontaktpunkt im AMS“ (One-stop-shop) verwirklicht werden. Mit der Implementierung eines Total Quality Management Systems (EFQM) wurde darüber hinaus ein umfassendes Projekt zur Einführung eines flächendeckenden Qualitätsmanagements im AMS gestartet. Dabei werden alle Geschäftsstellen in dieses Projekt einbezogen und systematisch Maßnahmen zur Verbesserung der Dienstleistungen, des Kundenservice sowie aller internen Prozesse erarbeitet.



Dr. Herbert Buchinger
Vorsitzender des Vorstandes



Mag. Herbert Böhm
Mitglied des Vorstandes

1999 war für die österreichische Arbeitsmarktpolitik und das AMS ein sehr erfolgreiches Jahr: 1999 war

- das Jahr mit dem höchsten Budget für aktive Arbeitsmarktpolitik, das es jemals gab.
- das Jahr mit der größten Zunahme an aktiven arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen.
- das Jahr, in dem erstmalig seit vielen Jahren nicht nur die Beschäftigtenzahlen neue Höchstwerte erreicht haben, sondern auch die Arbeitslosenzahlen merklich gesunken sind.
- das Jahr, in dem mit dem Ende der großen Koalition auch für das AMS eine Ära zu Ende ging.

Zur Erinnerung: Das Budget für aktive Arbeitsmarktpolitik ist von ÖS 4,770 Mrd. im Jahr 1994 auf ÖS 8,176 Mrd. im Jahr 1999 gestiegen. Während 1994 im Jahresdurchschnitt 23.071 Personen an aktiven Maßnahmen, hauptsächlich Aus- und Weiterbildungen, teilnahmen, waren es 1999 mit 48.356 bereits mehr als doppelt so viele. Dem AMS kommt als öffentliche Arbeitsverwaltung im Rahmen der europäischen Beschäftigungsstrategie eine bedeutende Rolle zu, indem das AMS für die Umsetzung der ersten drei Leitlinien verantwortlich ist. Dabei wurden beachtliche Erfolge erzielt: Die konsequente Ausrichtung der Ziele des AMS auf die Verhinderung und Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit konnte die Übertritte in die Langzeitarbeitslosigkeit von 6,9% 1996 auf 4,7% 1999 verringern. Der absolute Bestand an Langzeitarbeitslosen wurde in den Jahren seit der Ausgliederung des AMS 1994 bis 1999 um 20% gesenkt. Gleichzeitig waren 1999 bereits mehr als 17% der arbeitslosen Personen in aktive Maßnahmen einbezogen.

Die arbeitsmarktpolitischen Erfolge (bei annähernd gleichem Personalstand seit 1994) sind nicht allein auf das wachsende Budget, die konsequente Zielsteuerung und das Engagement der MitarbeiterInnen zurückzuführen, sondern gleichermaßen auf effiziente Managementmethoden und Maßnahmen der Organisationsentwicklung: Mehrere neue Projekte sind 1999 begonnen worden. Auf Grundlage einer Organisationsanalyse wurden im Herbst 1999

erste Pilot-Regionalstellen eingerichtet. Diese werden durch ein One-Stop-Prinzip sowohl für Arbeitsuchende als auch für Betriebe deutlich kundenfreundlicher. Ergänzend gewährleistet ein neues System der Kundensteuerung, dass alle Arbeitsuchenden besser als bisher genau das Ausmaß an Beratung und Unterstützung finden werden, das sie brauchen. Insbesondere soll damit ermöglicht werden, dass die Personen, die stärker als andere Gefahr laufen, langzeitarbeitslos zu werden, bereits vom ersten Moment an intensiv unterstützt werden. Ein wichtiger Schritt ist auch durch den Start des bundeseinheitlichen Qualitätsmanagements gelungen. Dabei werden seit Herbst 99 österreichweit alle Stärken und Verbesserungspotentiale erarbeitet und gleichzeitig wird systematisch damit begonnen, auf allen Ebenen die Verbesserungspotentiale auszuschöpfen. Eigens zu nennen ist die Organisationsreform des AMS in Wien. Diese wurde 1999 über einen Grundsatzbeschluss des Wiener Landesdirektoriums eingeleitet und eröffnet Chancen für eine erfolgsversprechende Neuorganisation der AMS-Dienstleistungen.

Die Erfolge des AMS in den fünf Jahren seines Bestehens sind nicht zu übersehen. Aber es bleibt weiterhin viel zu tun. Alte und neue Herausforderungen ergeben sich, wenn – wie österreich- und EU-weit Konsens besteht – Vollbeschäftigung weiter das Ziel sein soll. Die anhaltende Konjunktur ist dafür gewiss eine gute Grundlage. Aber sie muss auch genutzt werden, um Probleme zu lösen: Der Einstieg der Jugend in Ausbildung und Arbeitsmarkt muss gefördert und die noch immer bestehende Benachteiligung der Frauen muss – vor allem durch eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie – beseitigt werden.

Für die ältere Generation hingegen müssen die Beschäftigungschancen generell verbessert werden, besonders dann, wenn in den nächsten Jahren Schritte zur Anhebung des Pensionsalters gesetzt werden. So erfreulich das Beschäftigungswachstum ist, darf doch nicht übersehen werden, dass auch neue Probleme auf die österreichische Arbeitsmarktpolitik etwa in Form steigender Teilzeit- und kurzfristiger Arbeitsverhältnisse zukommen. Fehlende Übergänge zwischen Transferleistungen und Teilzeitjobs verhindern etwa, dass das AMS das starke Wachstum an neuen, oft nicht existenzsichernden Arbeitsplätzen für seine KundInnen voll nutzen kann.

Für alle diese Fragen müssen Lösungen rechtlicher, organisatorischer und nicht zuletzt budgetärer Art gefunden werden, sollen die nationalen und europäischen Ziele erreicht werden. Demgegenüber erscheinen Organisations- und Kompetenzfragen, weil nicht vorrangig, verhältnismäßig leicht lösbar. Nicht die Organisationsform des AMS oder die Frage, in welches Ministerium die Kompetenz für Arbeitsmarktpolitik fällt, ist entscheidend, sondern eine gesamtgesellschaftliche Betrachtungsweise und der gesellschaftliche Konsens, der bisher durch die partnerschaftliche Zusammenarbeit von Regierung und Interessensvertretungen der ArbeitnehmerInnen und der ArbeitgeberInnen gewährleistet war.



Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik muss auch in Zukunft Konsenspolitik bleiben. Sie kann nur unter der Voraussetzung funktionieren und ihre Ziele erreichen, dass alle Akteure an einem Strang ziehen.



Dr. Günther Steinbach
Vorsitzender des Verwaltungsrates

Die Arbeitsmarktlage

- Österreich konnte 1999 im Jahresdurchschnitt die Arbeitslosenquote nach EU-Standards von 4,5% 1998 auf 3,7% reduzieren und ist damit dem Ziel des Nationalen Aktionsplans für Beschäftigung (NAP), die Arbeitslosenquote bis 2002 auf 3,5% zu senken, bereits sehr nahegekommen.
- Österreich hat damit nach Luxemburg (2,3%) und den Niederlanden (3,3%) – der Anteil der Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik beträgt in den Niederlanden allerdings nahezu dreimal soviel wie in Österreich – seine hervorragende internationale Position bestätigt.
- Die Arbeitslosenquote nach traditioneller österreichischer Berechnungsmethode (registrierte Personen) verringerte sich im Jahresdurchschnitt von 7,2% auf 6,7%. (Männer von 6,9% auf 6,5%, Frauen von 7,5% auf 6,9%).
- Die Beschäftigung lag mit 3,107.900 Personen um 1,0 % über dem Vorjahreswert. (Männer: 1,754.800, +0,6%, Frauen: 1,353.100, +1,6%).
- 716.600 Menschen waren 1999 von Arbeitslosigkeit betroffen. (1998: 715.600).
- 431.500 Arbeitslose (263.700 Männer und 167.900 Frauen) nahmen wieder eine Beschäftigung auf. (1998: 402.800, Männer 250.000, Frauen 152.700).
- Die Gesamtzahl der 1999 im AMS verfügbaren offenen Stellen (Abgänge im Jahr und Bestand am Jahresende) betrug 319.300 (1998: 270.400).
- 46.000 (22.100 Männer, 23.900 Frauen) Lehrstellensuchenden (1998: 43.100, 20.200 Männer, 22.900 Frauen) standen im AMS 24.200 (1998: 26.000) offene Lehrstellen gegenüber (Zugänge 1999).

AMS-Vermittlungsergebnisse

- 1999 hat das AMS rund 232.400 offene Stellen besetzt, das waren um 12% mehr als im Vorjahr (1998: 203.700). Rund 70% aller Stellen (163.100) wurden innerhalb eines Monats besetzt.

- 1999 konnten rund 42.700 Frauen mit Mobilitätseinschränkung in den Arbeitsmarkt vermittelt werden. Dies waren um rund 3.800 mehr als im Vorjahr.
- 72.700 Arbeitslose über 45 Jahre haben 1999 eine Beschäftigung aufgenommen, das waren um 8.700 mehr als 1998.
- 33.900 behinderte Personen fanden 1999 wieder einen Arbeitsplatz. Damit erhöhte sich die Zahl der Beschäftigungsaufnahmen gegenüber dem Vorjahr um rund 4.400 Personen.

AMS-Arbeitsmarktförderung

- Die Förderungsausgaben des AMS betragen ÖS 8.176,51 Mio. (+ 15,5% gegenüber 1998). Davon entfallen auf ESF-Ausgaben ÖS 1.477,1 Mio.
- Rund 66 % des Förderbudgets entfielen auf Qualifizierungsmaßnahmen, rund 25% auf Beschäftigungsmaßnahmen.
- Rund 22% der Förderungsausgaben flossen nach Wien, rund 20% in die Steiermark und je 16% nach Niederösterreich und nach Oberösterreich.
- Die eingesetzten Mittel verteilten sich auf rund 377.400 (nach 227.400 im Jahr 1998) Förderfälle, was eine Steigerung um 66% bedeutet.

AMS-Existenzsicherung

- Im Jahresdurchschnitt bezogen rund 235.800 (1998: 282.200) Personen Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung. Insgesamt wurden ÖS 40,328 Mrd. ausbezahlt.
- Das AMS hatte 1999 855.300 (1998: 879.800) Anträge auf Arbeitslosenunterstützung zu bearbeiten, wovon 36.400 (1998: 40.600) abgelehnt werden mussten. In insgesamt 53.100 Fällen

(1998: 54.500) mussten Bescheide betreffend Sanktionen nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz (Sperrungen von Arbeitslosengeld) erlassen werden.

AMS-Ausländerbeschäftigung

- Im Durchschnitt arbeiteten 1999 rund 239.000 ausländische Arbeitskräfte in Österreich, die über eine Berechtigung nach dem Ausländerbeschäftigungsgesetz verfügten.
- 27.200 AusländerInnen waren im Jahresdurchschnitt arbeitslos vorgemerkt, das sind um 4,4% weniger als 1998.

Der Personalbericht

- 1999 waren durchschnittlich 4.181 Kollektivvertragsbedienstete und Beamte/Beamtinnen im AMS beschäftigt, davon rund 61% Frauen. 36% der MitarbeiterInnen des AMS sind Beamte/innen.
- 1999 wurden acht weitere Grundausbildungslehrgänge begonnen; rund 300 MitarbeiterInnen haben in diesem Jahr mit der Grundausbildung begonnen oder diese fortgesetzt; rund 150 MitarbeiterInnen haben die Grundausbildung 1999 abgeschlossen.

Der Finanzbericht

- Gemäß § 46 AMSG i.V. mit § 42 Abs 1 AMSG wurden dem Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales die entsprechenden Daten für den Rechnungsabschluss der Gebarung Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung gestellt.
- Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 1999 wurde gemäß § 45 Abs 1 i.V. mit § 47 Abs 1 AMSG (BGBl 1994/313 idgF) nach den Bestimmungen des Handelsgesetzbuches in der Fassung des Rechnungslegungsgesetzes 1990 für den eigenen Wirkungsbereich erstellt, vom Wirtschaftsprüfer geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Die Arbeitsmarktlage

Die Beschäftigung lag im Jahr 1999 mit 3,107.900 um 31.200 oder 1,0% höher als im Vorjahr. Das Potential an Arbeitskräften stieg um 15.200 oder 0,5% auf 3,329.600 an und lag somit unter dem Beschäftigungswachstum. Die Arbeitslosigkeit nahm um 16.000 oder 6,7% auf 221.700 Personen im Jahresdurchschnitt ab. Die Arbeitslosenquote (Anteil der Arbeitslosigkeit am Arbeitskräftepotential, das heißt an der Summe von Arbeitslosigkeit und unselbständiger Beschäftigung) verringerte sich von 7,2% auf 6,7%.

Im internationalen Vergleich wies die Europäische Union durchschnittlich eine weit mehr als doppelt so hohe Arbeitslosenquote (9,2%) auf.

Arbeitslosenquoten 1999 im internationalen Vergleich nach Kriterien der Europäischen Union (und der ILO):

(durch Umfragen ermittelte arbeitslose und beschäftigte Personen, saisonbereinigte Werte)

Österreich *	3,7%
Europäische Union (15) *	9,2%
BRD Gesamt *	8,7%
Frankreich *	11,3%
Schweden *	7,2%
Vereinigtes Königreich *	6,1%
USA *	4,2%
OECD Gesamt **	6,8%

Daten: * eurostat, ** WIFO

1999 hatte Österreich eine saisonbereinigte Arbeitslosenquote von 3,7 % und behielt damit seine im internationalen Vergleich günstige Position. Basis für diese Berechnungen sind vom ÖSTAT durchgeführte Umfragen zur Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit (Mikrozensus, Frühjahrserhebung) nach den Kriterien von eurostat (Statistisches Amt der Europäischen Union in Luxemburg).

Arbeitsuchende

Im Jahr 1999 verzeichneten die regionalen Geschäftsstellen des AMS 728.700 Zugänge in die Arbeitslosigkeit. Im selben Zeitraum gab es 806.300 Abgänge aus der Arbeitslosigkeit.

Die durchschnittliche Verweildauer der Abgänge betrug 125 Tage und war somit um 2 Tage kürzer als im Vorjahr. Im Laufe des Jahres 1999 waren 716.600 Personen zumindest einen Tag von Arbeitslosigkeit betroffen (1998: 715.600 Personen). Die Anzahl der Beschäftigungs-

aufnahmen von arbeitslosen Personen lag bei 431.500 (1998: 402.800).

Frauen – Männer

Die Arbeitslosigkeit der Frauen ging um 8.100 oder 7,5% auf 100.200 und die der Männer um 7.900 oder 6,1% auf 121.500 zurück.

Die Beschäftigung der Frauen war mit 1,353.100 um 20.800 oder 1,6% höher als vor einem Jahr, die Beschäftigung der Männer stieg nur leicht um 10.400 oder 0,6% auf 1,754.800 an. Die Arbeitslosenquote der Männer war 1999 mit 6,5% niedriger als jene der Frauen (6,9%).

Wirtschaftssektoren

Im Primärsektor (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei), in dem weniger als 1% der unselbständig Beschäftigten arbeiten, erhöhte sich die Beschäftigung um 200 auf 25.800. Die Arbeitslosigkeit betrug 3.900, die Arbeitslosenquote 13,1%. Im Sekundärsektor (Sachgütererzeugung, Bauwesen, Bergbau, Energie- und Wasserversorgung), der rund 30% aller unselbständig Beschäftigten umfasst, verringerte sich die Beschäftigung insgesamt um 7.300 auf 919.300. Die Arbeitslosigkeit betrug 82.100 und die Arbeitslosenquote 8,2%. Im Tertiärsektor (Dienstleistungen), in dem mehr als zwei Drittel aller unselbständig Beschäftigten tätig sind, gab es 1999 einen Beschäftigungszuwachs von 44.300 auf 2,090.400. Die Arbeitslosigkeit betrug 128.200, die Arbeitslosenquote 5,8%.

AusländerInnen

1999 lag die Arbeitslosigkeit der ausländischen Arbeitskräfte mit 27.200 um rund 1.260 oder 4,4% niedriger als vor einem Jahr. Die Arbeitslosigkeit der ausländischen Männer ging um 820 oder 4,4% auf 17.900 und die der ausländischen Frauen um 440 oder 4,5% auf 9.300 zurück.

Berufe

Betrachtet man die Entwicklung der Arbeitslosigkeit nach Berufen, so ist sie zur Hälfte auf die Abnahme in den Dienstleistungsberufen (ohne Fremdenverkehrsberufe) zurückzuführen:

In diesen verringerte sich die Arbeitslosigkeit um 8.000 oder 7,3% auf 102.000. In Produktionsberufen (ohne Bauberufe) ging die Arbeitslosigkeit um 5.100 oder 7,5% auf 63.100 und in Saisonberufen (Land- und Forstwirtschaft, Bau und Fremdenverkehr) um 2.900 oder 4,8% auf 56.500 zurück.

Alter

Nach Altersgruppen gab es im Vergleich zum Vorjahr bei den 50-jährigen und Älteren eine geringfügige Zunahme der Arbeitslosigkeit um 800 oder 1,7% auf 50.600, bei der Beschäftigungsausweitung aber bereits ein Plus um 4.100 oder 1,0% auf 437.100. Bei den 15- bis unter 25-jährigen ging die Arbeitslosigkeit um 4.500 oder 12,5% auf 31.900 und bei den 25- bis unter 50-jährigen um 12.300 oder 8,1% auf 139.200 zurück.

Die Beschäftigung stieg bei den 15- bis unter 25-jährigen leicht um 2.800 oder 0,5% auf 521.300 und bei den 25- bis unter 50-jährigen (insgesamt) um 24.300 oder 1,1% auf 2,149.600. Die Arbeitslosenquoten lagen bei den 50- bis unter 55-jährigen mit 9,4% und bei den 55- bis unter 60-jährigen mit 12,7% deutlich über dem Durchschnitt von 6,7%.

Ausbildung

Nach Ausbildungsstufen gab es 1999 die vergleichsweise größte (absolute) Abnahme der Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahr bei Personen mit Abschluss einer Pflichtschule (zuzüglich jener ohne Abschluss), und zwar um 6.900 (oder 6,6%), gefolgt von Personen mit Lehrabschluss mit einer Abnahme von 5.900

(oder 6,2%). Demgegenüber stehen die Arbeitslosenquote nach Bildungsabschluss: Das mit Abstand höchste Risiko, arbeitslos zu werden, hatten 1999 nach wie vor PflichtschulabsolventInnen mit einer Arbeitslosenquote von 13%, die geringste Quote wiesen die AkademikerInnen mit 2,1% auf. Die Abnahmen der Arbeitslosigkeit von Personen mit Abschluss einer mittleren oder höheren Schule lagen im oder leicht über dem Durchschnitt. Die Arbeitslosigkeit von Personen mit Abschluss einer Universität oder Akademie ging um 11,6% (oder rund 800) relativ am stärksten zurück.

Offene Stellen

Die Gesamtzahl der 1999 verfügbaren offenen Stellen betrug 319.300, um rund 48.900 mehr als vor einem Jahr. Mehr Umsätze durch mehr Zugänge: 299.200 (1998: 254.300) und mehr Abgänge: 286.800 (1998: 248.800). Mit einem durchschnittlichen Angebot von 31.200 gemeldeten offenen Stellen gab es um rund 8.100 oder 35,2% mehr als im Vorjahr. Wesentlicher Faktor dafür war der größere Zustrom. Die Laufzeit von 34 Tagen im Jahresdurchschnitt war durch das AMS um 3 Tage länger als im Vorjahr.

Lehrstellen

1999 gab es österreichweit schätzungsweise etwa 38.000 Lehrstelleneintritte und somit eine Abnahme gegenüber dem Vorjahr (1998: 39.000). Bei einem Gesamtangebot von 39.900 offenen Lehrstellen wurden dem AMS 24.200 offene Lehrstellen (1998: 26.000) für rund 46.000 vorgemerkte Lehrstellensuchende (1998: 43.100) gemeldet (= Zugänge im Jahr 1999). Nahezu alle Lehrstellensuchenden – wobei mehr als im Vorjahr auch an weiterführenden Schulausbildungen oder an sonstigen Arbeitsaufnahmen interessiert waren – und die Mehrzahl der Lehrbetriebe nahmen die Dienstleistungen des AMS in Anspruch.

Arbeitslosenquoten regional im Jahr 1999 in %

	Bgld	Ktn	NÖ	OÖ	Sbg	Stmk	Tirol	Vbg	Wien	Öst.
Männer	8,1	8,0	6,2	4,3	4,5	6,8	5,2	4,5	8,8	6,5
Frauen	9,0	8,8	6,8	5,5	4,8	8,2	6,3	6,0	7,4	6,9
Insgesamt	8,5	8,3	6,4	4,8	4,6	7,4	5,7	5,2	8,1	6,7

DIE ZIELE 1999

Auf der Grundlage der voraussichtlichen Entwicklung des Arbeitsmarktes 1999 setzte das Arbeitsmarktservice folgende Schwerpunkte:

Optimierung des Arbeitsmarktmatching

Durch ein möglichst großes Angebot an offenen Stellen sollte der Vermittlungsprozess unterstützt werden. Im Fremdenverkehr sollten regionale Engpässe zwischen Arbeitsangebot und -nachfrage ausgeglichen werden.

Verhinderung von dauerhafter Ausgrenzung aus dem Beschäftigungssystem

Die Verhinderung der Übertritte in die Langzeitarbeitslosigkeit stellte den präventiven Aspekt der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit dar. Die Chancen auf Integration in den ersten oder zweiten Arbeitsmarkt von bereits Langzeitarbeitslosen sollten erhöht werden. Frauen sollten durch die Teilnahme an Schulungen bei der Arbeitsaufnahme unterstützt werden, Behinderte durch die Teilnahme an Maßnahmen der beruflichen Rehabilitation.

Prävention von Jugendarbeitslosigkeit

Der berufliche Ersteinstieg von Jugendlichen sollte unterstützt werden, das Übertreten in die Langzeitarbeitslosigkeit möglichst verhindert werden.

Optimale Bereitstellung der behördlichen Dienstleistungen

Die finanzielle Existenzgrundlage der Anspruchsberechtigten muss gesichert sein.

ZIELERREICHUNG 1999

Ein wesentlicher Faktor zur Verkürzung der Arbeitslosigkeit ist die **rasche Abdeckung des Arbeitskräftebedarfs** der Wirtschaft.

Die Performance des AMS in dieser Hinsicht kann sich sehen lassen: 70% der Stellen werden innerhalb eines Monats besetzt. Ein weiteres Plus: Das Potential an offenen Stellen, das dem AMS zur Vermittlung zur Verfügung stand, ist um 18% angewachsen.

Prävention ist die zentrale Strategie zur **Verhinderung von Langzeitarbeitslosigkeit**.

Die Maßnahmen des AMS zielen daher zum einen darauf, die Zahl der Übertritte von Personen in die Langzeitarbeitslosigkeit (> 12 Monate) zu senken. Dies gelang 1999 mit der Verringerung

Zielsetzung	Istwert 1998	Zielwert 1999	Istwert 1999
Zugang offener Stellen	247.143	min. 256.201	291.182
Bundesländerüberschreitende Vermittlung im Fremdenverkehr	4.352	min. 2.838	4.446
Verhinderung von Langzeitarbeitslosigkeit (Zahl der Übertritte in Langzeitarbeitslosigkeit > 1 Jahr)	34.857	nicht mehr als 34.180	25.372
Langzeitarbeitslose in Arbeit bringen	11.089	min. 11.929	10.527
Erhöhung der Arbeitsmarktchancen von Frauen durch Qualifizierung	14.907	min. 15.742	25.821
darunter aus längeren Schulungen (> 3 Monate)	4.402	min. 4.100	5.440
Stabilisierung des Niveaus der beruflichen Rehabilitation arbeitslos vorgemerkter Behinderter	—	min. 1.427	1.873
Verhinderung von Jugend-Langzeitarbeitslosigkeit (Zahl der Übertritte in Langzeitarbeitslosigkeit > 1/2 Jahr)	14.879	nicht mehr als 13.998	9.035
Verringerung der Rückstände bei der Anweisung von finanziellen Leistungen (Zahl der durchschnittlichen Rückstände)	370	nicht mehr als 45	72

um 27% gegenüber 1998 in einem so großem Ausmaß, dass die zweite Zielsetzung, nämlich den Abgang von Langzeitarbeitslosen in Arbeit zu erhöhen, davon beeinträchtigt wurde. In absoluten Zahlen konnten wegen des geringeren Potentials auch weniger Langzeitarbeitslose in den Arbeitsmarkt integriert werden. Bei beiden Zielen ist die Zielerreichung bei Frauen in höherem Ausmaß gelungen als bei Männern. Die Arbeitsaufnahmen von Frauen nach Schulungsmaßnahmen sind um 75% gegenüber 1998 angewachsen. Die Teilnahme von Behinderten an Maßnahmen der beruflichen Rehabilitation wurde ausgeweitet. Ebenso hat sich die **Situation für Jugendliche stark verbessert**.

Die Existenzsicherung von Arbeitslosen ist eine Kernaufgabe des Arbeitsmarktservice. Zielsetzung des Service Versicherungsleistungen ist daher die möglichst **verzögerungsfreie Anweisung von Geldleistungen** an Anspruchsberechtigte. Die Rückstände bei der Anweisung von finanziellen Leistungen konnten 1999 mit Ausnahme der Landesorganisation Wien auf Null reduziert werden.

Nationaler Aktionsplan

Mit der Absenkung der saisonbereinigten Arbeitslosenquote der Europäischen Union (eurostat) auf 3,7% im Jahr 1999 ist Österreich einem wesentlichen Ziel des Nationalen Aktionsplans (NAP), die Arbeitslosenquote nach EU-Standards bis 2002 auf 3,5% zu reduzieren, bereits sehr nahe gekommen.

Im Rahmen der gesamteuropäischen Beschäftigungsstrategie („Luxemburger Prozess“) werden auch im österreichischen

Nationalen Aktionsplan für Beschäftigung (NAP) die beschäftigungspolitischen Leitlinien konkretisiert. Dem Arbeitsmarktservice kommt dabei für die Erreichung der quantitativen Zielsetzungen der Leitlinien 1-3 („Verbesserung der Vermittelbarkeit“) zentrale Bedeutung zu. Drei Zielsetzungen sollen realisiert werden:

- Halbierung des Übertritts von Jugendlichen bis 25 in die Langzeitarbeitslosigkeit bis 2002 (Leitlinie 1)
- Halbierung des Übertritts von Erwachsenen über 25 in die Langzeitarbeitslosigkeit bis 2002 (Leitlinie 2)
- Einbeziehung von 20% der Arbeitslosen in Maßnahmen zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt im Jahr 2002 (Leitlinie 3)

Beide Übertrittsquoten konnten seit dem Ausgangsjahr 1996, insbesondere aber im Jahr 1999 deutlich reduziert werden. Bei den Jugendlichen ist die Halbierung fast erreicht, bei weiblichen Jugendlichen ist das Ziel erreicht. Aber auch bei Erwachsenen, hier ebenfalls stärker bei Frauen, konnte eine deutliche Senkung erzielt werden. Der Anteil der TeilnehmerInnen in aktiven Maßnahmen ist – auch in Abhängigkeit von den budgetären Ressourcen – 1999 stark gewachsen. Frauen wurden in deutlich höherem Ausmaß in aktive Maßnahmen einbezogen und haben bereits die 20%-Marke überschritten, was voll in line mit den Zielen des NAP ist.

Angaben in %	Basis 1996			1998			1999		
	gesamt	Frauen	Männer	gesamt	Frauen	Männer	gesamt	Frauen	Männer
Leitlinie 1									
Übertrittsquote Jugendliche	9,0	10,5	7,9	7,9	9,2	6,9	4,6	5,2	4,1
Leitlinie 2									
Übertrittsquote Erwachsene	6,9	8,3	5,9	6,6	7,0	5,9	4,7	5,1	4,4
Leitlinie 3									
Maßnahmenquote	10,1	11,4	9,0	13,7	15,6	12,0	17,7	20,6	15,0

DIE VERMITTLUNG

Erfolgreiche Vermittlung lässt sich an verschiedenen Indikatoren messen. Zum einen an den absoluten und relativen Zahlen der besetzten offenen Stellen und der dafür benötigten Zeitspanne, zum anderen an der Zahl und Zielgruppe der vermittelten Personen.

1999 hat das AMS rund 232.400 offene Stellen besetzt, das entspricht einer Steigerung um ca. 12% gegenüber 1998. Rund 163.100 Stellen (70%) konnten innerhalb eines Monats besetzt werden. Rund 50.000 Stellen wurden innerhalb von 2-3 Monaten erfolgreich besetzt, der Rest konnte erst nach 3 Monaten abgedeckt werden.

Besetzung offener Stellen

	1997		1998		1999	
	%		%		%	
innerhalb 1 Monats	74,9	127.804	73,5	149.736	70,2	163.104
innerhalb von 2 bis 3 Monaten	19,5	33.345	19,8	40.308	21,8	50.740
nach 3 Monaten	5,6	9.483	6,7	13.643	8,0	18.523
Gesamt	100,0	170.632	100,0	203.687	100,0	232.367

Beschäftigungsaufnahmen nach der Dauer der Arbeitslosigkeit

Dauer der Arbeitslosigkeit	1997		1998		1999	
	%	Gesamt	%	Gesamt	%	Gesamt
bis 1 Monat	21,5	89.820	22,9	92.331	24,5	105.880
bis 3 Monate	65,4	273.029	65,4	263.533	67,3	290.379
bis 6 Monate	88,3	368.731	88,5	356.528	90,3	389.615
bis 12 Monate	97,1	405.290	97,3	391.779	97,6	420.998
über 12 Monate	3,0	12.336	2,8	11.089	2,4	10.527
Gesamt		417.626		402.868		431.525

1999 wurden insgesamt rund 728.700 Personen arbeitslos vorgemerkt, rund 806.300 Personen beendeten im Laufe des Jahres eine Periode von Arbeitslosigkeit (wobei eine Person auch zweimal oder öfter arbeitslos sein kann).

Rund 431.500 Personen, die beim AMS arbeitslos vorgemerkt waren, konnten 1999 wieder eine Arbeit aufnehmen, darunter zwei Drittel innerhalb von drei und 90% innerhalb von 6 Monaten.

Im Durchschnitt waren diese Personen 125 Tage ohne Arbeit, um 2 Tage kürzer als im Vorjahr.

Der Anteil an allen Beschäftigungsaufnahmen betrug bei Älteren 16,8%, bei Frauen mit Mobilitätseinschränkung 7,6% und bei Behinderten 7,9%.

Beschäftigungsaufnahmen Älterer über 45			
	1997	1998	1999
Arbeitslose über 45 Jahre gesamt	65.518	64.024	72.708

Von den über 45-jährigen Arbeitslosen haben 1999 um rund 8.700 Personen (oder 8,4 %) mehr eine Beschäftigung aufgenommen.

Beschäftigungsaufnahmen von Frauen mit Mobilitätseinschränkung			
	1997	1998	1999
Frauen mit Mobilitäts- einschränkung gesamt	32.539	38.957	42.725

1999 konnten um rund 3.800 Frauen mit Mobilitätseinschränkung mehr vermittelt werden als im Vorjahr.

Beschäftigungsaufnahmen von behinderten Personen			
	1997	1998	1999
Behinderte Personen gesamt	29.546	29.556	33.940

Von den Personen mit physischen oder psychischen Vermittlungshemmnissen haben 1999 um rund 4.400 mehr als im Vorjahr eine Beschäftigung aufgenommen.

Berufsinformation

Mit der dynamischen Entwicklung am Arbeitsmarkt steigen die Anforderungen an Arbeitssuchende. Informationen zur Berufsorientierung, zu Aus- und Weiterbildung sowie zu Möglichkeiten für einen Branchenwechsel bieten die 50 BerufsInfoZentren des AMS. 1999 haben rund 383.600 Personen von den BIZ-Angeboten Gebrauch gemacht, das sind um 6,2% mehr als 1998. Neben den in den BIZ erhältlichen Informationsbroschüren, Videofilmen und EDV-gestützten Informationsprogrammen entwickelt sich das Internet zusehends zu einer serviceorientierten Informationsschiene für den Bereich Berufsinformation. So finden sich unter www.ams.or.at zahlreiche Informationsangebote und Broschüren zum Download.

EURES

EURES – die europaweite „Dachorganisation“ der Arbeitsverwaltungen (PES) des EWR – zielt darauf, den europaweiten Stellenaustausch zu intensivieren. Das Netzwerk mit seinen 18 EURES-BeraterInnen hat sich in Österreich vor allem im Wintertourismus bewährt, wo die Personalengpässe im Inland deutlich verringert werden konnten. Eine Datenbank, die auch über Internet und auf den Selbstbedienungsgeräten des AMS (SAMSOMATEN) abrufbar ist, bietet Informationen zum Thema Mobilität sowie Beratungen zu Jobangeboten.

Rund 2.500 Stellenbesetzungen konnten 1999 mit Arbeitssuchenden aus anderen EWR-Ländern vorgenommen werden (davon 1.200 in Tirol, 800 in Salzburg, 350 in Vorarlberg).

Österreich stellt derzeit den Grenz- und Partnerregionen etwa 20.000 Stellenangebote zur Verfügung, davon 2.000 allen EWR-Ländern. Österreich erhält im Gegenzug etwa 90.000 offene Stellen aus dem EWR, u.a. 75.000 aus Deutschland, 12.000 aus Frankreich und – seit November 1999 – 500 aus Südtirol.

Aktivitäten zur Erhöhung des Stellenangebotes und der Vermittlungen wurden in den Grenzregionen zu den EU-Ländern Deutschland und Italien (besonders Südtirol), sowie mit einer Partnerregion in Frankreich (Rhones-Alpes) gesetzt. Mit Norwegen und den Niederlanden wurden bilaterale Verträge zwecks Austausch offener Stellen geschlossen.

DIE FÖRDERUNG

Förderfälle

Im Rahmen der Arbeitsmarktförderung wurden 1999 insgesamt rund 377.400 Förderfälle bewilligt. Gegenüber 1998 (93.200 Förderfälle weniger als 1997) erhöhte sich damit die Zahl der Förderfälle um rund 150.000 (+ 66,9%).

Diese Erhöhung resultiert zum einen aus der Anpassung des Aktivitätsniveaus an die höheren Ausgaben- und Vorbelastungsermächtigungen, die eine Erhöhung der Neubewilligungen 1999 um rund 26% gegenüber 1998 ermöglichte.

Hervorzuheben ist insbesondere die Durchführung von zusätzlichen Maßnahmen des Job Coachings mit über 32.000 TeilnehmerInnen.

Zum anderen wurde 1999 die Finanzierung von aktiven Maßnahmen im Rahmen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes deutlich forciert.

Insbesondere wird für Qualifizierungen mit einer Dauer bis drei Monaten anstelle der Beihilfe zur Deckung des Lebensunterhaltes das Arbeitslosengeld bzw. die Notstandshilfe weitergewährt.

Im Zuge der Implementierung der Arbeitsmarktförderungs-EDV werden diese Formen der Existenzsicherung für Kurzzeit- und Teilzeitmaßnahmen auch als Förderfälle erfasst.

Dieser Umstand beeinflusst die direkte Vergleichbarkeit mit Vorjahreswerten.

Auf den Bereich der Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitslose und Beschäftigte (inklusive Maßnahmen der Lehrausbildung, Berufsorientierung und aktiven Arbeitssuche/Job Coaching) entfielen rund 323.000 Förderfälle, das sind 85,6% (1998: 83,3%).

Der durchschnittliche Frauenanteil an allen Förderfällen beträgt 54 % (1998: 50,4%).

Verteilung der Förderfälle / der geförderten Personen

	Männer		Frauen		Gesamt
	%	Anzahl	%	Anzahl	Anzahl
Qualifizierung*	47,26	152.677	52,74	170.374	323.051
Beschäftigung	48,73	12.435	51,27	13.081	25.516
Unterstützung	29,09	8.397	70,91	20.470	28.867
Gesamt	45,97	173.509	54,03	203.925	377.434
für Arbeitslose	44,17	148.098	55,83	187.158	335.256
für Beschäftigte	60,25	25.411	39,75	16.767	42.178
Gesamt	45,97	173.509	54,03	203.925	377.434

Ausgaben für die Arbeitsmarktförderung*

Dem Arbeitsmarktservice standen 1999 für Förderungsausgaben insgesamt **ÖS 8.212,96 Mio.** zur Verfügung. Der Rechnungsabschluss 1999 weist für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen im Rahmen der Gebarung Arbeitsmarktpolitik (vgl. FINANZBERICHT - übertragener Wirkungsbereich) Ausgaben von ÖS 6.186,81 Mio. und außerhalb der zweckgebundenen Gebarung (Mittel des Europäischen Sozialfonds und Mittel des Nationalen Aktionsplans für Beschäftigung) Ausgaben von ÖS 2.393,04 Mio., insgesamt somit von ÖS 8.579,85 Mio. aus. Dies entspricht einem Anteil an den Gesamtausgaben (ÖS 60.478,63 Mio.) von 14,2% (1998: 12%). Davon entfallen auf das BM für Arbeit, Gesundheit und Soziales ÖS 403,34 Mio. und auf das Arbeitsmarktservice ÖS 8.176,51 Mio.

Die Förderungsausgaben des AMS konnten gegenüber 1998 um ÖS 1.096,22 Mio. (+ 15,5%) auf **ÖS 8.176,51 Mio.** erhöht werden. Der Ausschöpfungsgrad Ausgabenermächtigungen beträgt 99,56%. Davon entfallen auf AMS-Ausgaben ÖS 6.699,41 Mio. (81,9%) und auf ESF-Ausgaben ÖS 1.477,1 Mio. (18,1%). In Form von Zuschüssen wurden ÖS 8.075,11 Mio. und in Form von Werkvertragsentgelten ÖS 101,4 Mio. gewährt.

* Ausgaben nach dem Arbeitsmarktservicegesetz, das heißt ohne Ausgaben für aktive Maßnahmen im Rahmen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes

Förderung 1999	1	2	3	4	5
in Mio. S					(2 + 3 + 4 - 1)
Förderungsmaßnahmen gegliedert nach Förderungsinstrumenten	Belastungen Anfang 1999 aus Vorjahren	Ausgaben 1999	nicht zahlungswirksame Verpflichtungen 1999	Vorbelastungen für Folgejahre	Bewilligungen 1999
regionale Mobilität/ Arbeitsaufnahme	22,22	126,48	0,22	26,57	131,06
Beihilfe zur Deckung des Lebensunterhaltes	234,38	1.086,53	0,00	336,35	1.188,50
Kurs-/Kursnebenkosten	32,37	223,63	1,53	34,36	227,15
ESF-MitarbeiterInnen-qualifizierung	281,55	435,06	22,65	104,42	280,58
Schulungsträger	695,19	2.036,63	87,30	590,68	2.019,42
Gemeinschaftsinitiativen	234,62	128,72	26,02	77,67	-2,22
Besondere Eingliederungsbeihilfe §34a AMSG	192,04	990,16	31,92	798,40	1.628,45
Eingliederungsbeihilfe	241,90	288,45	16,95	198,05	261,56
Beschäftigungsträger	236,46	795,86	42,29	284,92	886,61
spezifische Maßnahmen für Jugendliche	604,95	905,43	33,95	400,93	735,37
spezifische Maßnahmen für Behinderte	259,11	489,75	17,51	77,11	325,26
spezifische Maßnahmen für Ausländer	2,15	10,15	1,22	0,81	10,03
investive Förderung Schulungseinrichtungen	161,40	208,82	13,06	102,99	163,46
Unterstützungsstrukturen Werkverträge	141,52	450,83	14,62	121,97	445,90
Gesamt	3.339,85	8.176,51	309,25	3.155,23	8.301,13

Steigerung des Aktivitätsniveaus

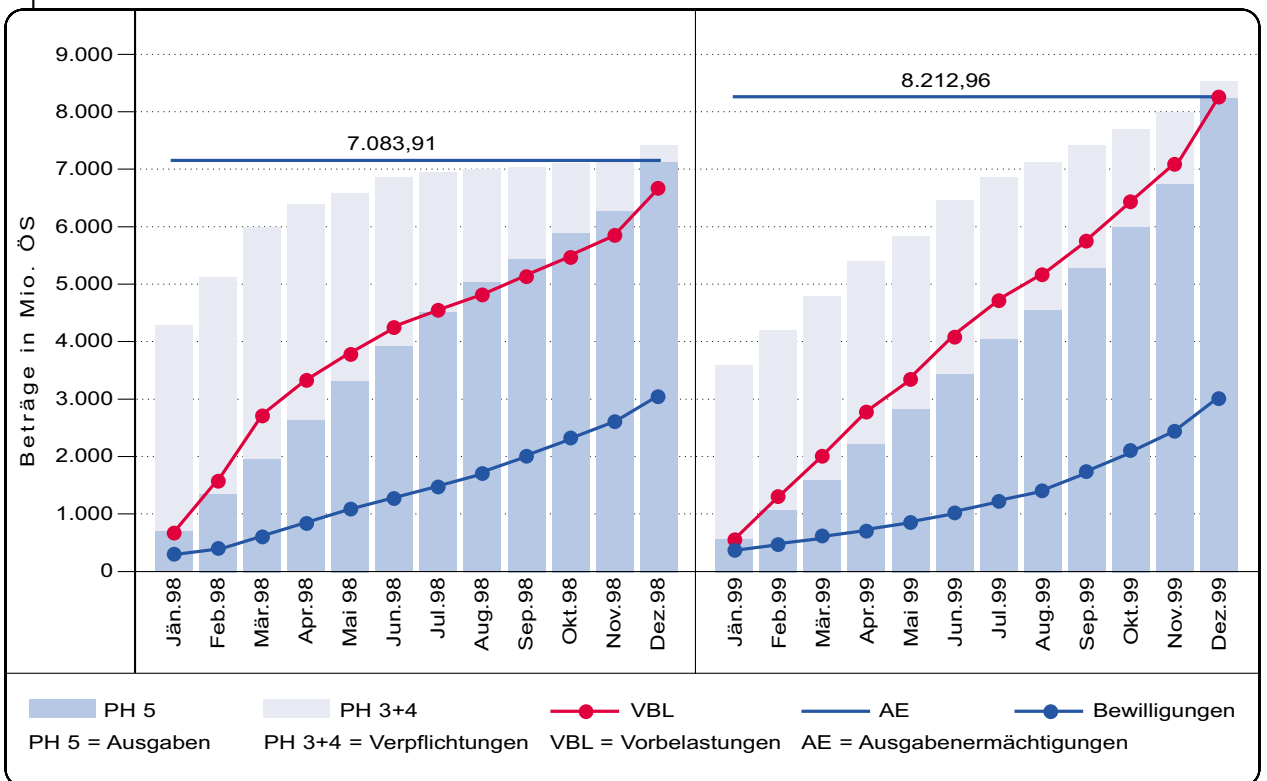
Die Steuerung des Förderungsbudgets des Arbeitsmarktservice erfolgt entsprechend den Bestimmungen des Bundeshaushaltsrechtes

- zum einen durch die Ermächtigung, zulasten des laufenden Budgetjahres Auszahlungen zu tätigen (Ausgabenermächtigungen) und
- zum anderen durch die Ermächtigung, zulasten künftiger Budgetjahre Auszahlungsverpflichtungen (Vorbelastungen) einzugehen.

Diese mehrjährige Betrachtung entspricht auch dem Umstand, dass die in einem laufenden Budgetjahr bewilligten Förderungsmaßnahmen – aufgrund ihrer Laufzeit und der Auszahlung im nachhinein (im Regelfall erfolgen Teilzahlungen und eine Endzahlung nach Vorlage der Endabrechnung und Prüfung der widmungsgemäßen Verwendung) – größtenteils erst in Folgejahren ausgabenwirksam werden.

Die dem AMS vorgegebenen budgetären Rahmenbedingungen erfordern sehr kurzfristige Anpassungsprozesse und größtmögliche Flexibilität.

Für Neubewilligungen 1999 (d.h. für das mögliche Aktivitätsniveau) standen dem Arbeitsmarktservice ÖS 8.326,37 Mio. zur Verfügung (Ausgabenermächtigungen 1999 abzüglich den bereits getätigten Belastungen aus Vorjahren zuzüglich den Vorbelastungsermächtigungen für Folgejahre). Die im Jahr 1999 vorgenommenen Neubewilligungen belaufen sich auf ÖS 8.301,10 Mio. und konnten gegenüber 1998 um ÖS 1.717,33 Mio. (+ 26%) erhöht werden. Der Ausschöpfungsgrad der Bewilligungsermächtigungen beträgt 99,7%. Wie die nachstehende Grafik zeigt, ist es gelungen, den Bewilligungs- und Ausgabenzyklus zu verstetigen.



Die Maßnahmen

Die **Qualifizierungsmaßnahmen i.w.S.** stellen im Bereich der Arbeitsmarktförderung nach wie vor die wichtigste Strategie zur Lösung von Arbeitsmarktproblemen dar. 1999 wurden dafür ÖS 5.400,06 Mio. (1998: ÖS 4.706,58 Mio.) aufgewendet, das sind 66,0% des Förderungsbudgets (1998: 66,5%).

Die in dieser Maßnahmengruppe gleichfalls verbuchten Maßnahmen der Berufsorientierung, der Berufsvorbereitung und der aktiven Arbeitssuche/des JobCoachings wurden auch 1999 stark zulasten der Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen forciert.

Der Zugang an Personen, die sich in Schulung befinden, erhöhte sich von rund 64.700 (1998) um 81,9% auf rund 117.700. Gleichfalls erhöhte sich der durchschnittliche Bestand an Personen, die sich in Schulung befinden, um rund 5.700 (+ 27,1%) auf rund 26.600.

Männer (40%) und 20.400 Frauen (60%).

Der Jahresdurchschnittsbestand an DLU-BezieherInnen blieb mit rund 9.300 gegenüber dem Vorjahr konstant (Frauenanteil 57,5%).

Beschäftigungsmaßnahmen (Beschäftigungsbeihilfen und Beschäftigungsprojekte) weisen 1999 eine relative Zunahme von 17,6% auf.

Im Jahr 1999 wurden dafür ÖS 2.011,28 Mio. (1998: ÖS 1.710,29 Mio.) ausgegeben, das sind 24,6% des Förderungsbudgets (1998: 24,2%).

Die Besondere Eingliederungsbeihilfe gemäß § 34a AMSG wurde massiv ausgeweitet.

Im Jahr 1999 haben rund 23.300 Personen eine geförderte Beschäftigung (oder Lehrausbildung) aufgenommen, der durchschnittliche Bestand beläuft sich auf rund 24.700.

Unterstützungsmaßnahmen für Personen (arbeitsmarktbezogene Beratung im Vor- oder Umfeld der Arbeitsvermittlung des AMS, z.B. bei

Personen, die sich in Schulung befinden

	Männer		Frauen		Gesamt	
	%	Anzahl	%	Anzahl	Anzahl	
Bestand	47,7	12.692	52,3	13.916	26.608	
Zugänge	46,2	54.406	53,8	63.343	117.749	
Abgänge	46,2	50.710	53,8	59.031	109.741	

Mehr als ein Viertel aller Zugänge entfällt auf die im Jahr 1999 im Rahmen des Sonderprogrammes der Bundesregierung zusätzlich durchgeführten JobCoaching-Maßnahmen für rund 16.400 Männer und rund 16.000 Frauen. Da diese eine relativ kurze Maßnahmendauer aufweisen (bis 6 Wochen) hat sich die durchschnittliche Verweildauer in Qualifizierungsmaßnahmen bei Männern von 105 auf 75 Tage und bei Frauen von 96 auf 70 Tage verringert.

Die Beihilfe zur Deckung des Lebensunterhaltes (DLU) wurde an rund 34.200 Personen (1998: 31.000) gewährt, und zwar an rund 13.800

Verschuldung; Unternehmensgründungsprogramm; Förderung der Kinderbetreuung) und **Unterstützungsmaßnahmen für**

Maßnahmenträger (Beratung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmenträger; Qualifizierungsberatung für Betriebe im Rahmen des ESF Ziel 4) stellen eine wichtige Ergänzung des Dienstleistungsangebotes dar.

In dieser Maßnahmengruppe werden auch die im Rahmen des Europäischen Sozialfonds realisierten Maßnahmen der „Technischen Hilfe“ erfasst. Im Jahr 1999 wurden dafür ÖS 765,17 Mio. (1998: ÖS 663,03 Mio.) ausgegeben, das sind wie 1998 9,36% des Förderungsausgaben.

Ausgaben in ÖS Mio.	1998 gesamt	1999 gesamt	1999 AMS-Mittel	1999* ESF-Mittel	1999 gesamt	Veränderung zum Vorjahr
Qualifizierung	4.706,58	5.400,06	4.298,23	1.101,84	66,04%	14,73%
Beschäftigung	1.710,59	2.011,28	1.794,47	216,81	24,60%	17,58%
Unterstützung	663,12	765,17	606,72	158,45	9,36%	15,39%
Gesamt	7.080,29	8.176,51	6.699,41	1.477,10	100,00%	15,48%

* inklusive Gemeinschaftsinitiativen

Ausgehend von den individuellen Problemlagen und Vermittlungshemmnissen der vorgemerkten Arbeitslosen wird für Arbeitslose und für Beschäftigte ein regional abgestimmter Maßnahmen-Mix realisiert. Der Einsatz der Förderungsinstrumente war 1999 von folgenden Entwicklungen gekennzeichnet:

— Im Bereich der Maßnahmen für Jugendliche bewirkte das „Auffangnetz“ im Jahr 1999 mit rund 4.500 TeilnehmerInnen in Lehrgängen und Lehrlingsstiftungen sowie die gesonderte Finanzierung nach dem Jugendausbildungssicherungsgesetz (JASG) für das Arbeitsmarktservice spürbare Entlastungseffekte. Dennoch kam es nur zu einer moderaten Reduzierung der AMS-Aktivitäten.

Die Auszahlungen für spezifische Maßnahmen für Jugendliche belaufen sich auf ÖS 905,43 Mio. (1998: ÖS 947,8 Mio.) und die Bewilligungen auf ÖS 735,37 Mio. (1998: ÖS 899,56 Mio.). Zum einen ist die Förderung der Lehrausbildung mit Belastungen aus Vorjahren verbunden und zum anderen wurden 1999 über 4.000 TeilnehmerInnen in „dem Auffangnetz vorgelagerte Maßnahmen“ einbezogen.

— Im Bereich der Maßnahmen der beruflichen Rehabilitation bewirkte der Rechtsanspruch auf Schulungsarbeitslosengeld gemäß § 18 Abs. 10 AIVG eine Entlastung des Förderbudgets um rund ÖS 70 Mio.

— Durch die Beendigung der ESF-Periode 1995 bis 1999 wurden keine neuen Projekte im Rahmen der Gemeinschaftsinitiativen bewilligt und die Schulung von Beschäftigten im Rahmen des ESF-Ziel 4 wurde auslaufend auf arbeitsmarktpolitische Zielgruppen (Ältere, Frauen, Beschäftigte mit niedriger Qualifikation) und auf neuartige Projekte (Job-Rotation, arbeitsplatznahe Qualifizierung, Qualifizierungsverbünde) beschränkt.

— Die Mittel der Besonderen Eingliederungsbeihilfe gemäß § 34a AMSG wurden im Zuge des NAP um ÖS 1.000 Mio. (1998: ÖS 500 Mio.) aufgestockt. Sie kann in begrenztem Ausmaß auch für die Finanzierung der Beihilfe zur Deckung des Lebensunterhaltes verwendet werden. Die massive Erhöhung der Vorbelastung ist eine Voraussetzung für die Ausschöpfung der Ausgabenermächtigung im Folgejahr.

— Im Zuge der Umsetzung des Sonderprogrammes der Bundesregierung wurde die Förderung von Schulungsträgern deutlich erhöht.

SONDERPROGRAMM DER BUNDESREGIERUNG (Bad Aussee)

Das Arbeitsmarktservice hat seinen Auftrag in Form von vier Programmteilen – jeweils unterstützt durch gezielte Informationskampagnen – umgesetzt:

Come Back 99

Einstellungsbeihilfen wurden für Langzeitarbeitslose und akut von Langzeitarbeitslosigkeit Bedrohte sowie für ältere Arbeitslose in Höhe des Arbeitslosengeldes bzw. der Notstandshilfe gewährt. Von den im Jahr 1999 rund 15.700 genehmigten Förderfällen entfallen 82% auf Betriebe, 12% auf private gemeinnützige Einrichtungen und 6% auf Länder, Gemeinden und öffentliche Einrichtungen. Der Frauenanteil beträgt 51%.

Mit einem Anteil von 35% ist es auch gelungen, das Programm stärker auf Arbeitslose über 45 Jahre auszurichten.



Job Coaching

Dieses Unterstützungsangebot für Arbeitslose zur Stärkung und Nutzung ihres Selbsthilfepotentials beinhaltet die Analyse und Aufarbeitung von Erfahrungen bei der Arbeitssuche, Festsetzung von Zielen und nächsten Schritten, die Verbesserung der Selbstpräsentation und des Bewerbungsverhaltens sowie die Erarbeitung individueller Bewerbungsstrategien und -unterlagen. Im Zeitraum von April bis Dezember 1999 haben rund 32.400 Personen an diesen Aktivierungsmaßnahmen teilgenommen. Der Frauenanteil beträgt 49,4%. Von den TeilnehmerInnen sind 18% bis 25 Jahre, 59% 25 bis 45 Jahre und 23% über 45 Jahre alt. Rund 60% weisen eine Vormerkdauer bis 6 Monate auf.



it.basics

Dieses Programm vermittelt EDV-Basis- und Einstiegskenntnisse durch die Ausweitung bewährter Schulungsmaßnahmen für AnwenderInnen im IT-Bereich (Office-Pakete, Internet/E-mail, SAP,...). Im Zeitraum April bis Oktober 1999 haben sich zusätzlich rund 3.500 Personen diese zunehmend vorausgesetzte „vierte Kulturtechnik“ angeeignet. Der Frauenanteil beträgt 71%. Von den TeilnehmerInnen sind 12% bis 25 Jahre, 70% 25 bis 45 Jahre und 18% über 45 Jahre alt. Rund 60% weisen eine Vormerkdauer bis 3 Monate auf.

tele.soft

Der Markt für Telekommunikation, Softwareentwicklung und Multimedia/Internet boomt - gleichzeitig herrscht akuter Mangel an geeigneten Fachkräften. Ziel von tele.soft ist die Besetzung dieser neuen offenen Stellen mit vorgemerkten Arbeitslosen nach vorangehender arbeitsplatznaher Qualifizierung.

Im Rahmen von **tele.soft 1** wurden im Zeitraum April bis September 1999 bereits entwickelte Schulungsmaßnahmen adaptiert und die Durchführung regional ausgeweitet.

Für die ab Oktober 1999 beginnenden tele.soft Schulungen wurden neue Such- und Matchingprozesse entwickelt. Ausgangspunkt für **tele.soft 2** sind die konkreten Personal- und Qualifizierungserfordernisse, die gemeinsam mit 60 IT-Unternehmen erhoben wurden. Aus diesen wurden Job-Anforderungsprofile sowie

Ausbildungsinhalte abgeleitet und anschließend Schulungsträger mit der Konzeption von neuen Ausbildungen für folgende Bereiche beauftragt: IT-Verkauf, Beratung und Management – Telefonischer Support/Customer Care – System- und Netzwerkbetreuung – Softwareentwicklung und -programmierung.

Die Kursplätze werden durch spezielle Screening-Verfahren mit gut vorausgewählten TeilnehmerInnen besetzt. In Form eines „Exchange Events“ ermöglicht das Arbeitsmarktservice die notwendige Vernetzung von Unternehmen, Arbeitsuchenden und Schulungsträgern. Ergänzend gibt es die Möglichkeit eines Career Coachings für TeilnehmerInnen, die noch keinen konkreten Arbeitsplatz in Aussicht haben. Bei tele.soft 2 werden in 50 Kursmaßnahmen rund 900 TeilnehmerInnen mit einer durchschnittlichen Schulungsdauer von über 5 Monaten ausgebildet.

Im Zeitraum von April bis Dezember 1999 haben rund 2.700 Personen an tele.soft-Schulungen teilgenommen. Der Frauenanteil beträgt 52%. Von den TeilnehmerInnen sind 13% bis 25 Jahre, 70% 25 bis 45 Jahre und 17% über 45 Jahre alt. Rund 70% weisen eine Vormerkdauer bis 3 Monate auf.

Im Rahmen des Sonderprogrammes wurden dem AMS für zusätzliche Aktivierungsmaßnahmen (Job Coaching) und zusätzliche Qualifizierungsmaßnahmen (it.basics und tele.soft)

aus Steuergeldern

ÖS 335 Mio. zur

Verfügung gestellt.

Davon wurden 1999

ÖS 321,43 Mio.

ausbezahlt (96%).



Sonderprogramm Bad Aussee

	TeilnehmerInnen				Trägerförderungen in ÖS Mio.		
	gesamt	Männer	in%	Frauen	in%	Auszahlungen	Bewilligungen
Come Back 99	15.749	7.714	49,0	8.035	51,0	855,12	1.490,87
Job Coaching	32.459	16.420	50,6	16.039	49,41	160,18	179,8
it.basics	3.565	1.044	29,3	2.521	70,72	66,16	88,54
tele.soft	2.744	1.325	48,29	1.419	51,71	100,26	131,47

FÖRDERUNG DER CHANCENGLEICHHEIT

Für das Arbeitsmarktservice ist das primäre Ziel der Förderung der Chancengleichheit für Frauen die Verbesserung des Zugangs von (benachteiligten) Frauen zum Arbeitsmarkt, insbesondere für Wiedereinsteigerinnen. Maßnahmen der Qualifizierung und der Kinderbetreuung weisen daher im AMS eine hohe Priorität auf.

Maßnahmen zum Abbau der horizontalen Segregation (Umkehr des Trends zur Über-/ Unterrepräsentation in traditionellen/nicht-traditionellen Berufen) sowie Maßnahmen zur Beseitigung der vertikalen Segregation (innerbetriebliche Laufbahnverbesserung) werden im AMS nur in Verbindung mit der beruflichen Eingliederung und vorangehender Qualifizierung realisiert.

Der durchschnittliche Frauenanteil an den Förderungsausgaben für geschlechtsspezifisch zuordenbare Maßnahmen beträgt 50,2% (1998: 50,5 %).

Die Förderung der „Beschäftigungsfähigkeit“ bewirkt, dass der Anteil von Frauen an aktiven arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen über ihrem Anteil an den registrierten Arbeitslosen von 45,2% (1998: 45,6%) liegt. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Arbeitslosenquote von Frauen deutlich über jener der Männer liegt (1999: Männer 6,5%, Frauen 6,9%).

Demgegenüber liegt der Anteil von Frauen an den Maßnahmen für Beschäftigte deutlich unter ihrem Anteil an den unselbständig Beschäftigten von 43,5% (1998: 43,3%).

DIE REGIONALE VERTEILUNG

Die Verteilung des Förderungsbudgets auf die einzelnen Landesorganisationen erfolgt nach objektiven Arbeitsmarktindikatoren. Das Prinzip der Ziel-Mittelbindung (für Wirkungsziele) wird für einen Teil des Förderungsbudgets durch eine Zweck-Mittel-Bindung (für Maßnahmenziele, wie Europäischer Sozialfonds und Besondere Eingliederungsbeihilfe) ergänzt. Die jeweiligen Schwerpunktsetzungen und Förderungsinstrumente, die zur Erreichung der vereinbarten Jahresziele des AMS zweckmäßig sind, werden von den Landesorganisationen in ihren Arbeitsprogrammen festgelegt.

Die regionale Verteilung nach Landesorganisationen zeigt, dass Wien mit ÖS 1.826,90 Mio. (22,3%), die Steiermark mit ÖS 1.620,77 Mio. (19,8%), Oberösterreich mit ÖS 1.309,23 Mio. (16,0%) und Niederösterreich mit ÖS 1.259,36 Mio. (15,4%) die höchsten Anteile an den Förderungsausgaben 1999 aufweisen. Die prozentuell stärkste Zunahme weist Kärnten (+25,4%), Wien (+ 20,9%), Salzburg (+19,0%), Vorarlberg (+18,7%) und Steiermark (+16,1%) auf.

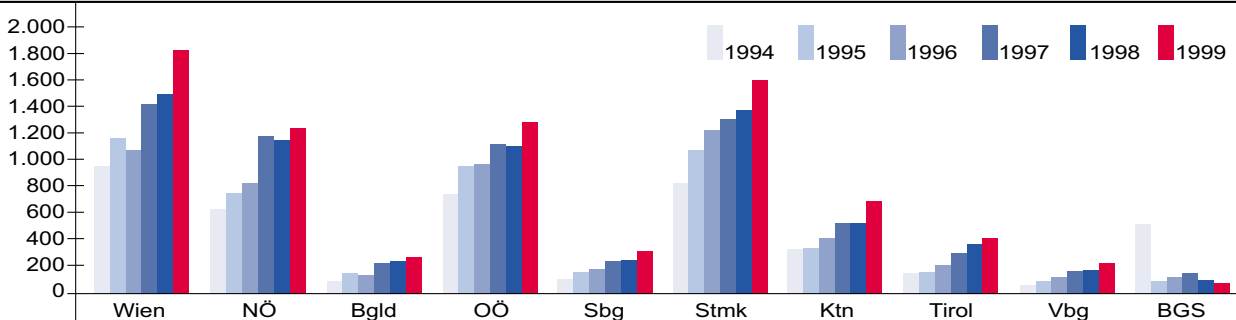
Verteilung der Förderungsausgaben

in ÖS Mio.	geschlechtsspezifisch zuordenbare Maßnahmen				nicht geschlechtsspez. zuord. Maßnahmen		Maßnahmen gesamt Betrag
	Männer		Frauen		Betrag	in %	
	Betrag	in %	Betrag	in %			
Qualifizierung	2.538,48	50,08%	2.530,37	49,92%	331,21	6,13%	5.400,06
Beschäftigung	1.039,37	53,91%	888,52	46,09%	83,39	4,15%	2.011,28
Unterstützung	63,87	20,14%	253,24	79,86%	448,06	58,56%	765,17
Gesamt	3.641,71	49,79%	3.672,14	50,21%	862,66	10,55%	8.176,51
für Arbeitslose	3.373,45	49,04%	3.505,34	50,96%	788,80	14,61%	7.667,59
für Beschäftigte	268,26	61,66%	166,80	38,34%	73,86	3,67%	508,92
Gesamt	3.641,71	49,79%	3.672,14	50,21%	862,66	10,55%	8.176,51

Österreichweite Förderungsmaßnahmen erfolgen durch die Bundesgeschäftsstelle. Die Ausgaben hierfür betragen ÖS 115,46 Mio. (1,4%) und beinhalten im wesentlichen Arbeitsstiftungsmaßnahmen für die Nahrungs- und Genussmittelbranche, Maßnahmen im Rahmen der Gemeinschaftsinitiativen Employment und Adapt, Maßnahmen der Technischen Hilfe im Rahmen der ESF-Umsetzung sowie die Förderung von Unterstützungsstrukturen.

Arbeitsmarktförderung 1994-1999 (Regionale Verteilung)

Beträge in Mio. S



DER EUROPÄISCHE SOZIALFONDS (ESF)

Der ESF wird in Österreich im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales auf Grundlage der mit der EU-Kommission vereinbarten 14 „Einheitlichen Programmplanungsdokumente“ (EPPD) vom Arbeitsmarktservice abgewickelt. Der ESF stellt nur dort Mittel zur Verfügung, wo auch nationale Kofinanzierungsmittel eingesetzt werden. Die Umsetzung wird durch sogenannte Begleitausschüsse sowie durch Rechnungsprüfungen der EU-Kommission und des EU-Rechnungshofes überwacht. Die Abwicklung der arbeitsmarktpolitischen Gemeinschaftsinitiativen (GI) Employment und Adapt fällt seit 1997 ebenfalls in die Kompetenz des AMS. Diese Projekte

müssen innovativ und transnational angelegt sein (mindestens zwei Partner aus verschiedenen EU-Ländern). Ziel ist die Aufnahme von „best-practice“-Modellen in das österreichische Förderungsinstrumentarium. Das Jahr 1999 war von der Beendigung der Strukturfondsperiode 1995 bis 1999 und von der Vorbereitung auf die neue Periode 2000 bis 2006 geprägt. Der Ausschöpfungsgrad der dem AMS im Zeitraum 1995 bis 1999 zur Verfügung stehenden ESF-Mittel beträgt 100%. Zusätzliche ESF-Mittel aus Währungsdifferenzen werden noch im Jahr 2000 verausgabt. Das Ziel eines raschen und vollständigen Mittelrückflusses wurde hervorragend erreicht.

ESF-Ausgaben

in ÖS Mio.	1995	1996	1997	1998	1999
Ziel 1	19,60	47,10	67,25	65,54	71,31
Ziel 2	44,42	39,02	71,52	74,12	92,69
Ziel 3	467,95	859,07	965,07	888,31	830,34
Ziel 4	8,30	93,87	309,66	207,19	168,41
Ziel 5b	56,07	199,24	267,58	210,89	244,67
Gemeinschaftsinitiativen	0,00	8,86	45,92	96,50	69,69
Gesamt	596,34	1.301,16	1.726,99	1.542,55	1.477,10

ARBEITSLOSENGELD UND NOTSTANDSHILFE FÜR AKTIVE MASSNAHMEN

Im Sinne der Empfehlung des Europäischen Rates, passive Arbeitsmarktpolitiken verstärkt in aktive Arbeitsmarktpolitiken umzuwandeln, ist das AMS bestrebt, die Dispositionsfähigkeit im Förderungsbereich zu erhöhen. Bedeutsam sind vor allem der Arbeitslosengeldbezug für Maßnahmen der Arbeitsstiftung und für Maßnahmen der beruflichen Rehabilitation sowie der Fortbezug des Arbeitslosengeldes bzw. der Notstandshilfe bei Maßnahmen der beruflichen Mobilität mit einer Dauer bis drei Monaten.

Im Jahr 1999 wurden für aktive Maßnahmen im Rahmen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes für rund 68.500 Personen (1998: rund 34.000 Personen) insgesamt ÖS 1.663,21 Mio. (1998: ÖS 1.011,22 Mio.) aufgewendet.

Die Tabelle gibt einen Überblick über jene Mittel aus der Arbeitslosenversicherung, die für aktive Maßnahmen – **zusätzlich** zu den nach dem Arbeitsmarktservicegesetz geförderten und dargestellten Maßnahmen – eingesetzt werden.

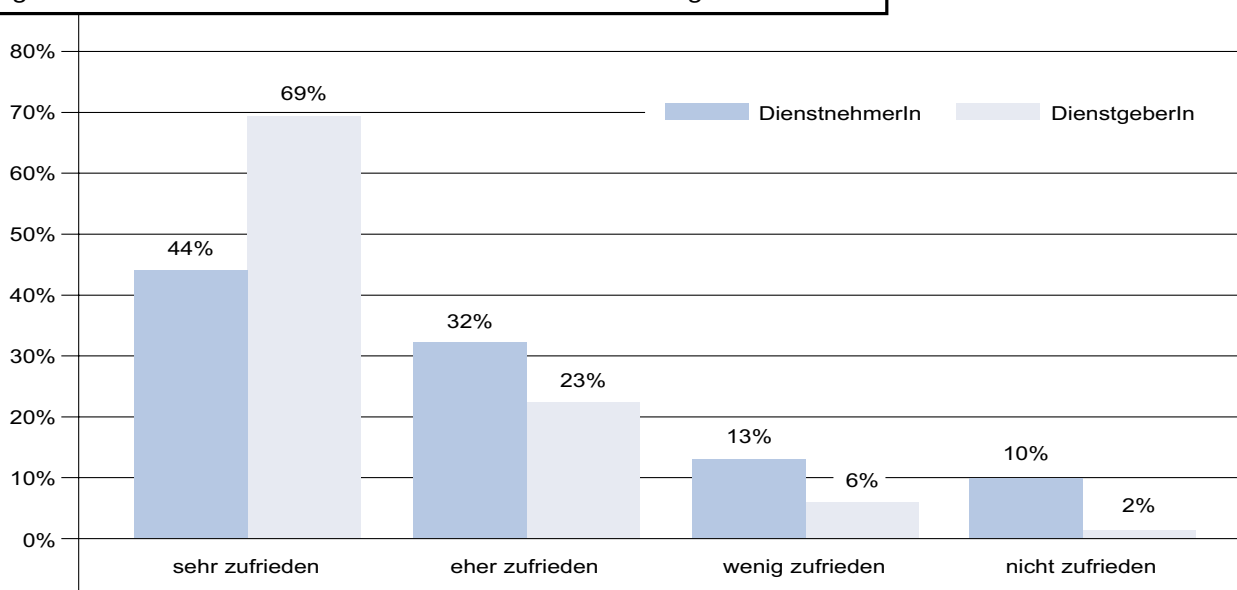
Mittel der Arbeitslosenversicherung für aktive Maßnahmen 1999

	Personen				gesamt	ausbez. Sozialversicherung			ALVG gesamt in ÖS Mio.
	Männer		Frauen			Beträge in ÖS Mio.	Anteil in %	Betrag in ÖS Mio.	
	absolut	in %	absolut	in %					
berufliche Mobilität (ALG/NH gem. § 12 Abs. 5 ALVG)	28.133	49,11	29.155	50,89	57.288	627,90	42,4	266,23	894,12
Arbeitsstiftungen (ALG gem. § 18 Abs. 5 ALVG)	3.832	63,94	2.161	36,06	5.993	400,64	42,4	169,87	570,51
berufliche Rehabilitation (ALG gem. § 18 Abs. 10 ALVG)	955	71,86	374	28,14	1.329	50,75	42,4	21,52	72,26
Wiedereinstellungs- beihilfe nach KU gem. Art. 21 KUEG (Überweisung an GKK)	0	—	0	—	0	16,20	0,0	0,00	16,20
Ausbildungs-ALG nach KU (ALG gem. § 18 Abs. 8 ALVG)	4	2,14	183	97,86	187	2,85	42,4	1,21	4,06
Weiterbildungsgeld bei Bildungskarenz (gem. § 26 Abs. 1 Zi. 1 ALVG)	454	13,35	2.948	86,65	3.402	82,83	19,6	16,23	99,06
Weiterbildungsgeld gegen Entfall des Arbeitsentgelts (gem. § 26 Abs. 1 Zi. 2 ALVG)	13	19,40	54	80,60	67	1,98	18,2	0,36	2,34
Solidaritätsprämie für Ersatzkraft (gem. § 27 ALVG)	23	39,66	35	60,34	58	0,81	18,2	0,15	0,96
Solidaritätsprämie infolge Arbeitszeitverkürzung (gem. § 27 ALVG)	89	40,27	132	59,73	221	3,12	18,2	0,57	3,68
Gesamt 1999	33.503	48,88	35.042	51,12	68.545	1.187,08	—	476,13	1.663,21
Gesamt 1998	17.216	50,28	17.022	49,72	34.238	718,17	—	293,05	1.011,22
Veränderung absolut	16.287	-1,41	18.020	1,41	34.307	468,91	—	183,08	651,99
Veränderung in %	94,60	—	105,86	—	100,20	—	—	62,48	64,48

Come Back evaluiert

Studien zur Entwicklung und Evaluierung von Instrumenten der aktiven Arbeitsmarktpolitik zählen zu den Forschungstätigkeiten des AMS. So wurde zum Beispiel die Fördermaßnahme **Besondere Eingliederungsbeihilfe (BESEB)** – in der Öffentlichkeit unter **Come Back** bekannt – evaluiert. Primäres Ziel dieser Förderung ist die (Re-)Integration langzeitarbeitsloser bzw. von Langzeitarbeitslosigkeit bedrohter Personen in ein vollversichertes Beschäftigungsverhältnis. Für die betriebliche Umsetzung werden vom AMS Lohnkostenzuschüsse an die jeweiligen Arbeitgeber geleistet.

Gesamteinschätzung der BESEB- Maßnahme durch die geförderten DienstnehmerInnen und DienstgeberInnen



Quelle L&R Datafile BESEB 1997 Panel I+II; 1999; DienstnehmerInnen N=300 DienstgeberInnen N=306

D I E E X I S T E N Z S I C H E R U N G

Im Jahresdurchschnitt bezogen 235.800 (1998: 282.200) Personen Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung. Insgesamt wurden ÖS 40,34 Mrd. (1998: ÖS 41,88 Mrd.) ausbezahlt. Davon entfielen 48,4% (1998: 46,4%) auf das Arbeitslosengeld, 17,2% (1998: 19,2%) auf das Karenzurlaubsgeld, 29,9% (1998: 29,3%) auf die Notstandshilfe, 2,6% (1998: 3,3%) auf die Sonderunterstützung, 1,6% (1998: 1,7%) auf die Sondernotstandshilfe sowie 0,3% (1998: 0,03%) auf das Weiterbildungsgeld bzw. die Solidaritätsbeihilfe.

Für diese Leistungen hatte das AMS rund 855.300 (1998: 879.800) Anträge auf Arbeitslosenunterstützung zu bearbeiten, wovon 36.400 (1998: 40.600) abgelehnt werden mussten. Die Zahl der erstinstanzlichen Bescheide erreichte 288.700 (1997: 285.800), wogegen 7.200 Berufungen eingebracht wurden. In insgesamt 53.100 Fällen (1998: 54.500) mussten Bescheide betreffend Sanktionen nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz (Sperrungen von Arbeitslosengeld) erlassen werden.

Leistungen in ÖS	durchschnittliche Tagsätze		
	gesamt	Frauen	Männer
Arbeitslosengeld	304	252	340
Notstandshilfe	244	212	273
Sondernotstandshilfe	196	196	235
Sonderunterstützung	466	372	516
Beihilfe zur Deckung des Lebensunterhalts	242	226	263

Leistungsaufwand inkl. Sozialversicherungsbeiträge		
in ÖS Mio.	1998	1999
Arbeitslosengeld (inkl. Überbrückungshilfe)	19.445	19.539
Notstandshilfe	12.288	12.057
Sonderunterstützung*	1.385	1.069
Karenzurlaubsgeld**	8.027	6.927
Sondernotstandshilfe	725	635
Weiterbildungsgeld und Solidaritätsprämie	13	101
SUMME	41.883	40.328

* inklusive des Leistungsaufwandes der SVA-Bergbau (ohne Verwaltungsaufwand)

** inklusive des Leistungsaufwandes der Krankenkasse (ohne Verwaltungsaufwand)

Durchschnittlicher Bestand an BezieherInnen

	1998			1999		
	gesamt	Frauen	Männer	gesamt	Frauen	Männer
Arbeitslosengeld	121.236	48.836	72.400	116.535	47.080	69.455
Notstandshilfe	94.479	46.039	48.440	86.855	41.446	45.409
Sonderunterstützung	2.052	997	1.055	757	263	494
Karenzurlaubsgeld	37.557	36.609	948	826	641	185
Weiterbildungsgeld: bei Bildungskarenz	204	146	58	1.426	1.236	190
bei Entfall der Bezüge	13	9	4	31	24	7
Solidaritätsprämie	19	12	7	153	87	66
Sondernotstandshilfe	9.303	9.248	55	7.087	7.038	49
Sonstige	17.310	6.550	10.760	22.093	8.712	13.381
Summe	282.173	148.446	133.727	235.763	106.527	129.236

Bearbeitete Leistungsanträge (Zuerkennungen)

	1998			1999		
	gesamt	Frauen	Männer	gesamt	Frauen	Männer
Arbeitslosengeld	588.754	213.767	374.987	581.561	215.519	366.042
Notstandshilfe	194.590	93.531	101.059	186.063	88.709	97.354
Sonderunterstützung	3.468	1.445	2.023	432	135	297
Karenzurlaubsgeld	6.217	4.881	1.336	616	344	272
Sondernotstandshilfe	15.005	14.898	107	9.850	9.779	71
Sonstige	31.195	11.951	19.244	40.403	17.055	23.348
Summe	839.229	340.473	498.756	818.925	331.541	487.384

Bearbeitete Leistungsanträge (Ablehnungen)

	1998			1999		
	gesamt	Frauen	Männer	gesamt	Frauen	Männer
Arbeitslosengeld	14.808	6.762	8.046	15.407	7.082	8.325
Notstandshilfe	17.664	12.637	5.027	16.362	11.790	4.572
Sonderunterstützung	146	77	69	12	8	4
Karenzurlaubsgeld	172	138	34	36	29	7
Sondernotstandshilfe	6.466	6.435	31	3.365	3.329	36
Sonstige	1.334	451	883	1.239	423	816
Summe	40.590	26.500	14.090	36.421	22.661	13.760

Sanktionen

	1998			1999		
	gesamt	Frauen	Männer	gesamt	Frauen	Männer
Arbeitsunwilligkeit	527	310	217	530	333	197
Ablehnung von Beschäftigungs- angeboten	11.151	4.367	6.784	11.151	4.518	6.633
Arbeitslosigkeit aufgrund von vorzeitigem Austritt, Kündigung des Arbeit- nehmers, fristloser Entlassung	21.640	8.384	13.256	21.695	8.809	12.886
Versäumen der Kontrollmeldung	21.205	6.077	15.128	19.754	5.957	13.797
Summe	54.523	19.138	35.385	53.130	19.617	33.513

DIE AUSLÄNDERBESCHÄFTIGUNG

Im Jahresdurchschnitt arbeiteten rund 239.000 ausländische Arbeitskräfte in Österreich, die über eine Berechtigung nach dem Ausländerbeschäftigungsgesetz verfügten, darunter rund 180.000 (75%) mit Befreiungsschein und 30.000 (12%) mit Arbeitserlaubnis.

Vor den rund 81.000 Anträgen auf Erteilung einer Beschäftigungsbewilligung bezogen sich rund 27.400 (Zahlen in der Folge auf 100 gerundet) auf Saisonarbeiten in der Land- und Forstwirtschaft (davon genehmigt: 27.200) und 6.100 auf Saisonarbeiten im Fremdenverkehr (davon genehmigt: 4.600). Ein knappes Drittel der Anträge (26.500) wurde für AusländerInnen eingebracht, die vor dem noch nicht in Österreich beschäftigt waren; sie wurden zu 70% (18.300) genehmigt und betrafen in der Hauptsache (11.400) die bereits genannten Saisonarbeiten. 5.100 der Erstbewilligungen gingen an integrierte AusländerInnen, also an Personen, die seit längerer Zeit – zum Teil mit ihrer Familie – in Österreich leben, an türkische Assoziationsarbeitskräfte oder an AsylwerberInnen, die für die Dauer des Asylverfahrens zum Aufenthalt berechtigt sind.

ArbeitgeberInnen als AntragsstellerInnen

Zahl der Geschäftsfälle	1998	1999
Sicherungsbescheinigung	4.785	4.994
Beschäftigungsbewilligung	84.002	80.917
Entsendebewilligung	2.276	2.476
EU-Entsendebestätigung	129	192
Volontariat	1.584	1.970
Ferial- und Berufspraktikum	585	698

AusländerInnen als AntragsstellerInnen

Zahl der Geschäftsfälle	1998	1999
Arbeitserlaubnis	18.569	14.171
Befreiungsschein	55.764	37.936
Bilaterale Abkommen mit Ungarn: Grenzgänger, Praktikanten	1.263	1.572
Bestätigung für Angehörige von ÖstereicherInnen	3.250	2.629

Sie wurden vorwiegend für den Fremdenverkehr (1.700 Bewilligungen), für die Reinigung (1.100) und für die Land- und Forstwirtschaft (500) beansprucht. Seit Einführung der Integrationsmaßnahmen mit 1.1.1998 wurden damit rund 9.100 Personen dem offiziellen Arbeitsmarkt zugeführt; die meisten davon in Wien (1.900), in Niederösterreich (1.700) und in der Steiermark (1.500).

Die Bundeshöchstzahl (264.944) war lediglich im September (um 78 Personen) überschritten.

1999 waren im Durchschnitt 27.200

AusländerInnen arbeitslos vorgemerkt, das sind um 4,4% weniger als 1998.

Den stärksten Rückgang verzeichneten die Metall- und Elektroberufe (-249 bzw. -8,4%) und Berufe im Fremdenverkehr (-266 bzw. -5,2%).

DER PERSONALBERICHT

Der Personalplan 1999 sah 4.190 Planstellen vor. 1999 waren durchschnittlich 4.181 Kollektivvertragsbedienstete und Beamte/Beamtinnen bei der Bundesgeschäftsstelle sowie den Landes- und Regionalgeschäftsstellen tätig (36% Beamte/innen). Rund 61% der Beschäftigten waren zum Stichtag 31.12.1999 Frauen. Entsprechend dem Ziel des AMS, den Anteil der Frauen im Management kontinuierlich zu erhöhen, sind Ende 1999 30,2% aller Führungspositionen im AMS Österreich weiblich besetzt.

AUS- UND WEITERBILDUNG

Grundausbildung

Aufgrund der großen Zahl der Neueintritte wurden 1999 acht Ausbildungslehrgänge begonnen. Insgesamt haben in diesem Jahr 304 MitarbeiterInnen (225 weiblich und 79 männlich) mit der Grundausbildung begonnen bzw. diese fortgesetzt. 147 MitarbeiterInnen (108 weiblich und 39 männlich) beendeten im Lauf des Jahres die Grundausbildung in der Ausbildungseinrichtung.

Weiterbildung

Im Bereich der Weiterbildung orientierte sich das inhaltliche Angebot einerseits an den strategischen Ausrichtungen der Organisation und andererseits an dem festgestellten Bildungsbedarf, der 1999 in der ersten österreichweit einheitlich durchgeführten Bildungsbedarfserhebung festgestellt wurde. Im fachlichen Bereich bildeten Angebote

im Zusammenhang mit der Umsetzung des Dienstleistungskatalogs und der Professionalisierung der Betreuungsarbeit im Service für Unternehmen die zwei wichtigsten Schwerpunkte.

Eine besondere Zielgruppe bildeten auch 1999 die Führungskräfte. Ein differenziertes Angebot zur Verbesserung und Erweiterung der individuellen Führungskompetenzen wurde auf regionaler und überregionaler Ebene bereitgestellt und von den Führungskräften gezielt genutzt. Durch eine gezielte Quotenregelung ist es gelungen, die Frauenförderung in diesem Rahmen erfolgreich umzusetzen. Die weiblichen Führungskräfte absolvierten 1999 durchschnittlich 7,3 Bildungstage, die Männlichen 6,5.

27

Personaleinsatz

	Soll	Ø Ist 1999	m/w zum Stichtag 31.12.1999	w zum Stichtag 31.12.1999 in %
Landesgeschäftsstellen				
AMS Burgenland	149,7	149,27	75/89	54,27%
AMS Kärnten	347,5	347,02	174/195	52,85%
AMS Niederösterreich	667,4	667,03	257/474	64,84%
AMS Oberösterreich	615,3	615,14	265/386	59,29%
AMS Salzburg	254,3	252,39	107/175	62,06%
AMS Steiermark	608,3	608,01	264/395	59,94%
AMS Tirol	326,3	325,79	156/196	55,68%
AMS Vorarlberg	146,5	144,4	67/94	58,39%
AMS Wien	932,7	930,5	320/636	66,53%
Bundesgeschäftsstellen	142,0	141,66	71/77	52,03%
Gesamt	4.190	4.181,21	1.756/2.717	60,74%

INTERNE PROJEKTE

Neues 3-Zonen-Konzept

Auf Grundlage der 1998/99 mit der Schweizer Firma Fokus erstellten Stärken-Schwächen-Analyse im Bereich Beratungs- und Vermittlungsservice wurde 1999 ein neues Organisationsmodell für die Erbringung der Dienstleistungen in den regionalen Geschäftsstellen entwickelt. Dieses Modell baut auf einer klaren Kundensegmentierung auf und bietet den Arbeitssuchenden bedarfsorientiert abgestufte Dienstleistungen in einer 3-Zonen-Organisation an: Im **Info-Bereich** werden rasch und unbürokratisch Auskünfte gegeben und Selbstbedienungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt. Im **Service-Bereich** erhalten Arbeitssuchende Jobangebote und Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung. Intensive und individuelle Betreuung und Beratung für Personen mit erhöhtem Betreuungsaufwand wird in einem gesonderten **Beratungs-Bereich** angeboten. Dieses Modell wird vorerst in den Geschäftsstellen Fürstentfeld, Imst, Kirchdorf, Klagenfurt, Leoben und Neunkirchen erprobt. Bei positiver Bewährung ist der flächendeckende Einsatz ab 2001 vorgesehen. Die bisherigen Erfahrungen sind vielversprechend.

Geschäftsbedingungen

Seit Juli 1999 hat auch das AMS neue „Allgemeine Geschäftsbedingungen“ formuliert. Auf Basis der Qualitätsstandards des Dienstleistungskatalogs, die unmittelbare Auswirkungen auf die Kundenbeziehung haben, wurden Rechte und Pflichten von AMS und Arbeitssuchenden wie Unternehmen auf Informationsblättern und Plakaten zusammengefasst und auch im Internet veröffentlicht.

Flexible Arbeitszeit

Mit dem Abschluss der Betriebsvereinbarung über Arbeitszeitregelungen wurde der erfolgreiche Pilotbetrieb einer umfassenden Arbeitszeitflexibilisierung in den Regelbetrieb übernommen. Der Pilotbetrieb hat gezeigt, dass

durch die erhöhte Zeitautonomie bei den MitarbeiterInnen nicht nur Zufriedenheit und Verantwortungsbewusstsein steigen, sondern vor allem auf schwankenden Geschäftsanfall und Notsituationen viel besser reagiert werden kann. Das AMS fördert damit auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

„Wie geht's?“

Im Zuge der Erstellung einer Studie zur gesundheitlichen Situation der MitarbeiterInnen im AMS unter dem Titel „Wie geht's?“ wurde allen Interessierten eine individuelle Beratung in Hinblick auf ihre Situation am Arbeitsplatz angeboten. Der Endbericht, der eine detaillierte Belastungs- und Befindenslandkarte enthält, ist Basis für zahlreiche Nachfolgeprojekte im Gesundheitsbereich und für die Neugestaltung interner Prozesse.

Tele-Ausbildung

1999 startete im Rahmen der Grundausbildung das Pilotprojekt „Tele-Learning“. Durch aktive Nutzung von E-Mail, Internet und AMS-Intranet können die TeilnehmerInnen dabei an der Grundausbildung sozusagen im Selbststudium teilnehmen. Unterstützt wird die Ausbildung durch speziell entwickelte Lernunterlagen, Workshops sowie ein begleitendes intensives Coaching in den Geschäftsstellen.

Erste Erfahrungen zeigen bereits spürbare Vorteile: Die Zeiten der ausbildungsbedingten Abwesenheit vom Arbeitsplatz bzw. der Geschäftsstelle werden ohne Qualitätsverlust merkbar verkürzt. Gleichzeitig wird damit eine Diskriminierung von Personen mit Betreuungspflichten vermieden.

Review-Projekt in der Arbeitslosenversicherung

Die Auswirkungen der 1998 implementierten neuen EDV-Applikation im Bereich Service Versicherungsleistungen wurden 1999 im Rahmen des Projektes Review ALV 1 erhoben und ausgewertet. Um die Effekte in Bezug auf Zeit- und Personalkapazitäten und die Produktivität entsprechend bewerten zu können, wurden die Ergebnisse einer Studie aus dem Jahr 1996 als Vergleichsbasis herangezogen. Darüber hinaus wurden auch die Zufriedenheit der MitarbeiterInnen und Verbesserungspotentiale erhoben. Das Ergebnis: Neben einer sehr hohen Akzeptanz der Applikation bei den MitarbeiterInnen wurden auch wesentliche Verbesserungen im Bereich der Kundenorientierung wie promptere Zahlbarstellung von Geldleistungen oder schnellere Auskünfte und Beratungen mittels „EDV-Akt“ - ersichtlich. Ebenso konnten die Schnittstellen mit anderen Organisationseinheiten durch den automatischen elektronischen Datenaustausch deutlich effizienter gestaltet werden. In Summe konnten durch die Einführung der ALV-Applikation Einsparungseffekte im Bereich der Kapazitäten (Zeit und Personal) von rund 10% festgestellt werden.

EDV

Der EDV-Generalunternehmervertrag mit SBS Siemens Business Services wurde Anfang 1999 bis 2004 verlängert. 1999 konnte die Umstellung des Betriebssystems auf Windows NT 4.0 sowie der Office-Umgebung auf Office 97 auf etwa 5000 Workstations sowie die damit verbundene Portierung der im Feld befindlichen Fachapplikationen auf 32-Bit-Technik sowie der Internet-Zugang für alle AMS-MitarbeiterInnen erfolgreich umgesetzt werden.

1999 wurde auch die Evaluierung des gesamten EDV-Projektes ausgeschrieben und der Zuschlag an das Beratungsunternehmen Ernst&Young vergeben. Die Ergebnisse sollen eine zukunfts-sichere Entscheidungsgrundlage für die Weiterentwicklung der informationstechnologischen Unterstützung der AMS-Geschäftsprozesse sicherstellen.

DER FINANZBERICHT

ÜBERTRAGENER WIRKUNGSBEREICH

Gemäß § 42 Abs 1 AMSG bestreitet das AMS die finanziellen Leistungen nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz (AIVG), dem Sonderunterstützungsgesetz (SUG), dem Karenzurlaubsgesetz (KUG) und dem Karenzgeldgesetz (KGG) im Namen und auf Rechnung des Bundes.

Gebahrung Arbeitsmarktpolitik 1999

Gemäß § 46 AMSG i. V. mit § 42 Abs 1 AMSG wurden dem Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales die folgenden Daten für den Rechnungsabschluss der Gebahrung Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung gestellt (Genehmigung des BM zum Zeitpunkt der Drucklegung noch offen):

Einnahmen-Ausgaben-Gegenüberstellung

Ausgaben 1999

(in ÖS Mio.)	Voranschlag 1999	Erfolg	Diff. gg. BFG
Ämter des AMS	700,000	734,968	34,968
AMP-Maßnahmen / Förderungen	5.160,000	6.186,813	1.026,813
Sonderunterstützung	1.127,000	1.070,047	-56,953
Wiedereinstellungsbeihilfe gem. AIVG	10,490	16,205	5,715
Leistungen nach dem AIVG	39.422,000	39.305,857	-116,143
<i>Arbeitslosengeld incl. PV, KV, KSG</i>	19.035,000	19.506,480	
<i>Notstandshilfe incl. PV, KV</i>	12.024,492	12.056,963	
<i>Sondernotstandshilfe incl. KV</i>	591,000	635,218	
<i>Karenzurlaub und Teilz.beih. incl. KV</i>	7.707,004	6.987,294	
<i>Bildungskarenz und Solidaritätsprämie</i>	50,000	101,319	
<i>UV-Beiträge (Stiftung, Schulung)</i>	10,000	11,748	
<i>ALG/EWR-Abkommen</i>	4,504	6,835	
Zahlung gem. § 6 (8) AMPFG	7.718,000	7.718,000	0,000
Überweisung a.d.AMS-Annuitäten	0,001	0,000	-0,001
Verwaltungskosten AMS	2.490,000	2.651,250	161,250
Einhebungsvergütung	330,000	330,000	0,000
Beitrag des AMS zur SWE	30,000	72,453	42,453
Zwischensumme	56.987,491	58.085,593	1.098,102
Überweisung an AMS-Überschuss	0,001	0,000	-0,001
Summe	56.987,492	58.085,593	1.098,101

we iters:*

Förderungen/ESF	1.382,053
Aufwendungen/ESF	31,159
Summe ESF	1.413,212
Förderungen/NAP	979,825
Summe AMP (sh. oben)	6.186,813
Summe Arbeitsmarktförderung:	8.579,851
hievon BMAGS:	403,341
AMS:	8.176,510

* Die ESF- und NAP-Ausgaben sind nicht Gegenstand der Zweckgebundenen Gebahrung.

Einnahmen 1999			
(in ÖS Mio.)	Voranschlag 1999	Erfolg	Diff. gg. BFG
Arbeitsmarktservice	1,000	1,503	0,503
AMP-Maßnahmen	47,487	37,508	-9,979
Überweisung zur AMP (EU)	0,002	0,000	-0,002
Überweisung FLAF	5.999,000	5.672,160	-326,840
AIV-Beiträge	48.250,000	49.146,159	896,159
<i>AIV-Beiträge incl. BMLV und Sicherheitsbeiträge</i>	<i>48.150,000</i>	<i>49.059,478</i>	
<i>Rückersätze AIV-Abkommen (Grenzgänger)</i>	<i>97,000</i>	<i>86,258</i>	
<i>Erstattungen EWR-Vertrag</i>	<i>3,000</i>	<i>0,423</i>	
Beitrag der Gemeinden zur SNH	190,000	246,350	56,350
sonstige Einnahmen	0,001	57,101	57,100
Bundesbeitrag zur AMP	2.500,000	2.500,000	0,000
Bundesbeitrag (Abgang)	0,001	424,812	424,811
Zwischensumme	56.987,491	58.085,593	1.098,102
Überw. v. AMS-Abgangsdeckung	0,001	0,000	-0,001
Summe	56.987,492	58.085,593	1.098,101

ALG = Arbeitslosengeld
 AMP = Arbeitsmarktpolitik
 AMPFG = Arbeitsmarktpolitikfinanzierungsgesetz
 BFG = Bundesfinanzgesetz, Bundesvoranschlag für das Jahr 1999
 BK = Bildungskarenz
 ESF = Europäischer Sozialfonds
 FLAF = Familienlastenausgleichsfonds
 KV = Krankenversicherung
 PV = Pensionsversicherung
 SNH = Sondernotstandshilfe
 SP = Sozialversicherungsprämie
 SWE = Schlechtwetterentschädigung
 UV = Unfallversicherung

EIGENER WIRKUNGSBEREICH

Gemäß § 41 Abs 1 AMSG bestreitet das AMS die Personal- und Sachausgaben in eigenem Namen und auf eigene Rechnung.

Bilanz per 31. Dezember 1999

Gemäß § 45 Abs 1 wurde der vorliegende Jahresabschluss vom Verwaltungsrat genehmigt und gemäß § 45 Abs 2 dem Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit zur Genehmigung im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen übermittelt.

Bilanz zum 31. Dezember 1999
mit Gegenüberstellung der Vorjahreszahlen
in tausend Schilling (TS)

Aktiva	Stand am 31.12.1999 S	Stand am 31.12.1998 TS
A. Anlagevermögen	1.507.904.686,10	1.315.491
<i>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</i>	<i>306.506.853,90</i>	<i>244.845</i>
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Vorteile sowie daraus abgeleitete Lizenzen	209.554.648,00	137.897
2. Geleistete Anzahlungen	96.952.205,90	106.948
<i>II. Sachanlagen</i>	<i>1.051.410.562,20</i>	<i>1.070.646</i>
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremdem Grund	918.577.645,57	826.284
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	118.156.932,00	187.780
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	14.675.984,63	56.582
<i>III. Finanzanlagen</i>		
Wertpapiere des Anlagevermögens	149.987.270,00	0
B. Umlaufvermögen	421.078.055,94	659.312
<i>I. Vorräte</i>		
Hilfs- und Betriebsstoffe	1.414.684,00	3.590
<i>II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</i>	<i>374.721.217,73</i>	<i>206.311</i>
1. Forderungen an den Bund gemäß § 49 Abs 1 AMSG	188.318.410,00	163.022
2. Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	186.402.807,73	43.289
<i>III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten</i>	<i>44.942.154,21</i>	<i>449.411</i>
C. Rechnungsabgrenzungsposten	34.702.183,51	14.837
	1.963.684.925,55	1.989.640

Passiva	Stand am 31.12.1999 S	Stand am 31.12.1998 TS
A. Eigenkapital	1.570.108.467,31	1.663.725
I. Kapitalrücklagen	996.638.193,69	996.638
II. Gewinnrücklagen	573.470.273,62	667.087
1. Haftungsrücklage gemäß § 50 Abs 2 AMMSG	286.576.053,61	265.208
2. Arbeitsmarktrücklage gemäß § 50 Abs 1 AMMSG	0,00	0
3. Andere Rücklagen (freie Rücklagen)	286.894.220,01	401.879
B. Zuschüsse zum Anlagevermögen (EURES)	822.649,00	867
C. Rückstellungen	283.398.310,19	257.146
1. Rückstellungen für Abfertigungen	153.731.401,00	133.670
2. Sonstige Rückstellungen	129.666.909,19	123.476
D. Verbindlichkeiten	109.346.405,16	67.902
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1,51	0
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	58.327.073,04	23.200
3. Sonstige Verbindlichkeiten davon aus Steuern: S 15.501.389,94; Vorjahr: TS: 13.998 davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: S 30.330.325,61; Vorjahr: TS: 28.040	51.019.330,61	44.702
E. Rechnungsabgrenzungsposten	9.093,89	0
	1.963.684.925,55	1.989.640

Verbindlichkeiten aus Bürgschaften	7.500.000,00	34.443
------------------------------------	--------------	--------

Gewinn- und Verlustrechnung
für das Geschäftsjahr 1999

mit Gegenüberstellung der Vorjahreszahlen
in tausend Schilling (TS)

	1999 S	1998 TS
1. Aufwandsersätze des Bundes	2.662.388.787,99	2.484.806
a) Ausgabenersatz gemäß § 41 Abs 2 AMMSG	2.637.092.239,99	2.457.833
b) Aufwandsersatz gemäß § 49 Abs 1 AMMSG	25.296.548,00	26.973
2. Sonstige betriebliche Erträge	70.622.585,57	106.808
a) Erträge aus dem Abgang vom Anlagevermögen mit Ausnahme der Finanzanlagen	3.310.515,50	7.702
b) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	111.823,74	23.997
c) Übrige	67.200.246,33	75.109
3. Personalaufwand	-1.406.828.962,60	-1.326.990
a) Gehälter	1.081.719.456,60	1.019.043
b) Aufwendungen für Abfertigungen	22.300.055,30	26.574
c) Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	274.594.822,52	257.080
d) Sonstige Sozialaufwendungen	28.214.628,18	24.293
4. Abschreibungen auf immaterielle Gegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-196.510.401,35	-194.621
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.235.926.296,47	-1.146.239
a) Steuern	2.413.731,66	1.880
b) Übrige	1.233.512.564,81	1.144.359
6. Zwischensumme aus Z 1 bis 5	-106.254.286,86	-76.236
7. Erträge aus Wertpapieren des Finanzanlagevermögens	4.537.216,03	0
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	9.255.817,63	19.320
9. Erträge aus dem Abgang von Wertpapieren des Umlaufvermögens	2.099.612,49	0
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-4.119,54	-28
11. Zwischensumme aus Z 7 bis 10	15.888.526,61	19.292
12. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-90.365.760,25	-56.944
13. Steuern vom Einkommen	-3.639.112,24	-4.830
14. Jahresfehlbetrag	-94.004.872,49	-61.774
15. Auflösung von Zuschüssen zum Anlagevermögen (EURES)	388.418,23	293
16. Auflösung von Gewinnrücklagen	145.409.267,23	142.580
a) Haftungsrücklage gemäß § 50 Abs 2 AMMSG	5.250.000,00	0
b) Arbeitsmarktrücklage gemäß § 50 Abs 1 AMMSG	25.174.605,11	58.305
c) Andere Rücklagen (freie Rücklagen)	114.984.662,12	84.275
17. Zuweisung zu Gewinnrücklagen	-51.792.812,97	-81.099
a) Haftungsrücklage gemäß § 50 Abs 2 AMMSG	26.618.207,86	32.691
b) Arbeitsmarktrücklage gemäß § 50 Abs 1 AMMSG	25.174.605,11	48.408
18. Bilanzgewinn	0,00	0

ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS ZUM 31. DEZEMBER 1999

I. ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

Der Jahresabschluß des ARBEITSMARKTSERVICE ÖSTERREICH zum 31. Dezember 1999 wurde – gemäß der Norm des § 45 Abs 1 iVm § 47 Abs 1 AMSG (BGBl 1994/313 idgF) – nach den Bestimmungen des Handelsgesetzbuches erstellt.

II. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen

Die planmäßige Abschreibung der immateriellen Vermögensgegenstände erfolgt linear über einen Zeitraum von drei bis fünf Jahren, die der Bauten, einschließlich der Bauten auf fremden Grund, über einen Zeitraum von fünf bis fünfzig Jahren. Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wird linear über einen Zeitraum von fünf Jahren abgeschrieben. Außerplanmäßige Abschreibungen wurden nicht vorgenommen.

Finanzanlagen

Die Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten bewertet. Eine dauernde Wertminderung, die eine außerplanmäßige Abschreibung erforderlich machen würde, liegt nicht vor.

Vorräte

Die Vorräte wurden gemäß § 209 Abs 1 HGB mit einem Festwert angesetzt, weil sie regelmäßig ersetzt werden und ihr Gesamtwert von untergeordneter Bedeutung ist.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände wurden zu Anschaffungskosten bewertet. Erkennbare Risiken wurden durch indi-

viduelle Abwertungen berücksichtigt; dies war jedoch ausschließlich im Bereich des Postens „sonstige Forderungen“, und zwar ganz überwiegend hinsichtlich der Regressforderungen aus schlagend gewordenen Ausfallhaftungen, erforderlich.

Rückstellungen und Verbindlichkeiten

Die Rückstellungen für Abfertigungspflichten und Jubiläumsgelder wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen nach dem Teilwertverfahren unter Anwendung eines Diskontierungszinssatzes von 3,5% ermittelt.

Die sonstigen Rückstellungen wurden unter Bedachtnahme auf den Vorsichtsgrundsatz in Höhe des voraussichtlichen Anfalles gebildet.

Die Verbindlichkeiten sind mit dem Rückzahlungsbetrag unter Bedachtnahme auf den Grundsatz der Vorsicht bewertet.

Fremdwährungsbewertung

Forderungen in Fremdwährung wurden zum Geldkurs des Entstehungstages oder zum niedrigeren Geldkurs des Bilanzstichtages bewertet.

Fremdwährungsverbindlichkeiten wurden zum Briefkurs des Bilanzstichtages bewertet, sofern dieser über dem Buchkurs liegt.

III. AUFGLIEDERUNGEN UND ERLÄUTERUNGEN ZU DEN POSTEN DER BILANZ UND GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Angabe der Restlaufzeiten

Der Gesamtbetrag der Forderungen an den Bund gemäß § 49 Abs 1 AMSG in Höhe von S 188.318.410,00 hat eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr. Alle anderen Forderungen weisen Restlaufzeiten bis zu einem Jahr auf und sind somit kurzfristiger Natur.

Von den sonstigen Verbindlichkeiten hat ein Teilbetrag in Höhe von S 40.000,00 eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr. Alle anderen Verbindlichkeiten weisen Restlaufzeiten bis zu einem Jahr auf.

Angaben gemäß § 225 Abs 3 und § 225 Abs 6 HGB

Unter dem Posten „sonstige Forderungen“ enthaltene Erträge, die erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam werden, betreffen insbesondere eine Forderung an den Bund gemäß § 41 Abs 2 AMSG mit einem Betrag von S 155.000.000,00.

Unter dem Posten „sonstige Verbindlichkeiten“ sind als Aufwendungen, die erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam werden, insbesondere die Sozialversicherungsbeiträge und Lohnabgaben für den Monat Dezember 1999 mit einem Betrag von S 45.683.653,11, sowie die Verbindlichkeiten gegenüber Mitarbeitern mit einem Betrag von S 3.533.075,90 enthalten.

Angaben gemäß § 237 Z 8 HGB

Der Betrag der Verpflichtungen aus der Nutzung von in der Bilanz nicht ausgewiesenen Sachanlagen des folgenden Geschäftsjahres beläuft sich auf S 737.756.000,00, der entsprechende Gesamtbetrag der folgenden fünf Jahre auf S 3.688.780.000,00.

Erläuterung des Postens „Forderungen an den Bund gemäß § 49 Abs 1 AMSG“

Bei diesem Posten handelt es sich um den aufgrund eines Sonderbewertungsrechts als Forderung zu aktivierenden Betrag, der den passivseitig ausgewiesenen Abfertigungs- und

Entwicklung des Anlagevermögens vom 1. Jänner bis zum 31. Dezember 1999

	Anschaffungskosten am 1.1.1999 S	Zugänge S	Umbuchungen S	Abgänge S
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
1. Rechte	218.841.644,86	106.684.691,88	16.956.000,00	246.298,14
2. geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	106.948.205,90	6.960.000,00	-16.956.000,00	0,00
	325.789.850,76	113.644.691,88	0,00	246.298,14
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke und Bauten einschließlich der Bauten auf fremdem Grund	1.001.079.678,48	90.668.778,91	53.858.363,23	5.697.332,43
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	460.026.986,24	28.514.223,81	145.261,09	52.585.087,06
3. geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	56.581.736,43	12.097.872,52	-54.003.624,32	0,00
	1.517.688.401,15	131.280.875,24	0,00	58.282.419,49
III. Finanzanlagen				
Wertpapiere des Anlagevermögens	0,00	149.987.270,00	0,00	0,00
	0,00	149.987.270,00	0,00	0,00
	1.843.478.251,91	394.912.837,12	0,00	58.528.717,63

Jubiläumsgeldrückstellungen entspricht und den der Bund dem ARBEITSMARKTSERVICE ÖSTERREICH nach Maßgabe des Fälligwerdens der diesen Rückstellungen entsprechenden Ausgaben zu ersetzen verpflichtet ist.

Der vom Bund noch zu leistende Ausgabenersatz gemäß § 41 Abs 2 AMSG in Höhe von S 155.000.000,00 betrifft seitens des Bundesministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales für überplanmäßige Ausgaben zusätzlich zur Verfügung gestellte Mittel.

Erläuterung des Postens „Kapitalrücklagen“

Dieser Posten ergibt sich als Summe aus dem negativen Gründungskapital gemäß der Eröffnungsbilanz zum 1. Jänner 1995 in Höhe von S 353.361.806,31 und der als „Quasi-Gesellschaftereinlage“ zu qualifizierenden Verpflichtung des Bundes gemäß § 48 Abs 6 AMSG, dem ARBEITSMARKTSERVICE ÖSTERREICH das Kapital eines von diesem im Geschäftsjahr 1995 zum Ausgleich der Gebarung Arbeitsmarktpolitik 1994 gemäß § 48 Abs 1 Z 1 AMSG aufgenommenen Kredits im Betrag von S 1.350.000.000,00 zu ersetzen.

Erläuterung des Postens „Gewinnrücklagen“

Gemäß § 47 Abs 1 AMSG sind allfällige Gewinne aufgrund des Jahresabschlusses des ARBEITSMARKTSERVICE ÖSTERREICH einer Rücklage zuzuführen.

Nach § 50 Abs 3 AMSG ist im Jahresabschluss des ARBEITSMARKTSERVICE ÖSTERREICH eine Haftungsrücklage im Ausmaß von 0,5% der durchschnittlichen jährlichen Ausgaben des Bundes im Rahmen der gebundenen Gebarung Arbeitsmarktpolitik (§ 1 Abs 2 AMPFG) in den letzten fünf Jahren auszuweisen; ebenso sind nach § 50 Abs 4 AMSG Einnahmen aus Provisionen für Haftungen (Haftungsentgelte) dieser Rücklage zuzuführen. Der Erhöhungsbetrag dieser Rücklage gegenüber dem Stand der Schlussbilanz zum 31. Dezember 1998 ist in der Gewinn- und Verlustrechnung als gesonderter Posten „Zuweisung zur Haftungsrücklage gemäß § 50 Abs 2 AMSG“ erfasst.

Anschaffungskosten am 31.12.1999 S	kumulierte Abschreibungen S	Buchwert am am 31.12.1999 S	Buchwert am am 31.12.1998 S	Abschreibungen des GJ S
342.236.038,60	132.681.390,60	209.554.648,00	137.897.204,00	51.973.511,88
96.952.205,90	0,00	96.952.205,90	106.948.205,90	0,00
439.188.244,50	132.681.390,60	306.506.853,90	244.845.409,90	51.973.511,88
1.139.909.488,19	221.331.842,62	918.577.645,57*	826.283.947,00	48.412.394,57
436.101.384,08	317.944.452,08	118.156.932,00	187.779.919,00	96.124.494,90
14.675.984,63	0,00	14.675.984,63	56.581.736,43	0,00
1.590.686.856,90	539.276.294,70	1.051.410.562,20	1.070.645.602,43	144.536.889,47
149.987.270,00	0,00	149.987.270,00	0,00	0,00
149.987.270,00	0,00	149.987.270,00	0,00	0,00
2.179.862.371,40	671.957.685,30	1.507.904.686,10	1.315.491.012,33	196.510.401,35

* darin beinhaltet S 189.822.893,00 Grundwert

Erläuterung der Ausgaben- und Aufwandsersätze des Bundes

Nach § 41 Abs 2 AMSG hat der Bund dem ARBEITSMARKTSERVICE ÖSTERREICH die im Rahmen seines Eigenen Wirkungsbereichs anfallenden Personal- und Sachausgaben zu ersetzen, wofür in der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1999 ein Ertragsposten in Höhe von S 2.637.092.239,99 in Ansatz gebracht wird.

Der Aufwandsersatz gemäß § 49 Abs 1 AMSG in Höhe von S 25.296.548,00 betrifft die im Geschäftsjahr 1999 eingetretene Erhöhung der Verpflichtung des Bundes, dem ARBEITSMARKTSERVICE ÖSTERREICH im Zeitpunkt des Fälligwerdens diejenigen Ausgaben für Abfertigungs- und Jubiläumsgeldzahlungen zu ersetzen, für die im Jahresabschluss zum 31. Dezember 1999 entsprechende Rückstellungen passiviert sind.

Erläuterung des Postens „übrige sonstige betriebliche Erträge“

In diesem Posten sind insbesondere mit einem Betrag von S 51.792.812,97 vom ARBEITSMARKTSERVICE ÖSTERREICH gemäß § 52 AMSG vereinnahmte Geldstrafen nach dem Arbeitskräfteüberlassungsgesetz, dem Arbeitslosenversicherungsgesetz und dem Ausländerbeschäftigungsgesetz beinhaltet. Diese Erträge waren nach der zitierten Gesetzesbestimmung der Arbeitsmarktrücklage gemäß § 50 Abs 1 AMSG zuzuführen. Weiters sind hier mit einem Betrag von S 7.094.433,87 Kostenbeiträge der Europäischen Union für „EURES-Projekte“ erfasst.

Erläuterung des Postens „Steuern vom Einkommen und vom Ertrag“

Unter diesem Posten ist ausschließlich die vom ARBEITSMARKTSERVICE ÖSTERREICH entrichtete Kapitalertragsteuer erfasst.

IV. ANGABEN ÜBER ORGANE UND ARBEITNEHMER

Nach Inkrafttreten des Kollektivvertrages gemäß § 44 Abs 2 AMSG am 1. Juli 1995 waren im Geschäftsjahr 1999 **durchschnittlich** 2.702

Arbeitnehmer (Vollbeschäftigungsäquivalent) als Kollektivvertragsbedienstete des AMS beschäftigt (1998: 2621 Arbeitnehmer/Vollbeschäftigungsäquivalent).

Als Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrats waren im Geschäftsjahr 1999 tätig:

Vorstand:

- Dr. Herbert BUCHINGER (Vorsitzender)
- Mag. Herbert BÖHM

Verwaltungsrat:

- Sektionschef Dr. Günther STEINBACH (Vorsitzender)
- Dr. Wolfgang TRITREMMEL (Stellvertreter des Vorsitzenden)
- Mag. Georg ZINIEL (Stellvertreter des Vorsitzenden)
- Mag. Bernhard ACHITZ
- Sektionschef Dr. Werner BAUER (bis 27. Jänner 2000)
- Mag. Michael FÖRSCHNER (ab 28. Jänner 2000)
- Rudolf KASKE
- Prof. Ing. Peter KOTAUCZEK
- Dr. Fritz MIKLAU
- Dr. Brigitta MLINEK (bis 24. Jänner 2000)
- Ministerialrat Dr. Karl MUHR (ab 3. Februar 2000)
- Amtsdirektorin Susanna KAMELLOR (Arbeitnehmersvertreter)
- Hofrat Mag. Peter LINDER (Arbeitnehmersvertreter)
- Heinz RAMMEL (Arbeitnehmersvertreter)

Für jedes Mitglied des Verwaltungsrats ist ein Stellvertreter bestellt.

Die Dotation der Abfertigungsrückstellung und die Abfertigungszahlungen des Geschäftsjahres 1999 betragen S 22.300.055,30; Aufwendungen für Pensionen sind nicht angefallen.

Die Mitglieder des Verwaltungsrats haben im Geschäftsjahr 1999 Kostenersätze im Gesamtbeitrag von S 105.350,52 erhalten; die Angabe der Vorstandsbezüge unterbleibt gemäß § 241 Abs 4 HGB.

BESTÄTIGUNGSVERMERK


Wir haben den vom Vorstand des Arbeitsmarktservice Österreich nach den in Österreich geltenden handelsrechtlichen Bestimmungen erstellten Jahresabschluss zum 31. Dezember 1999 geprüft und dabei die in Österreich berufsüblichen Grundsätze ordnungsgemäßer Durchführung von Abschlussprüfungen beachtet. Nach Abschluss unserer Prüfung erteilen wir dem ungekürzten, deutschsprachigen Jahresabschluss zum 31. Dezember 1999 des Arbeitsmarktservice Österreich den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk gemäß § 274 Abs 1 HGB:

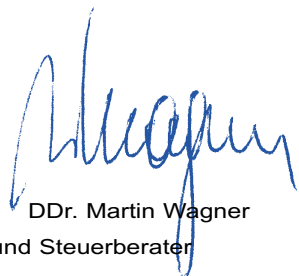
„Die Buchführung und der Jahresabschluss entsprechen nach unserer pflichtgemäßen Prüfung den gesetzlichen Vorschriften. Der Jahresabschluss vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Arbeitsmarktservice Österreich“.

Wien, am 27. April 2000



KPMG Austria
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungs-GmbH


Mag. Wilhelm Kavsca
Wirtschaftsprüfer und Steuerberater


DDr. Martin Wagner
Wirtschaftsprüfer und Steuerberater

DIE ORGANISATION

Das AMS Österreich ist in eine Bundes-, neun Landes- und 96 Regionalorganisationen gegliedert: Bundesgeschäftsstelle, Landesgeschäftsstellen und regionale Geschäftsstellen. Weiters gibt es noch 13 Zweigstellen, 8 JobCenter (in Wien) und 50 BerufsInfoZentren. Auf all diesen Ebenen werden die Sozialpartner miteinbezogen und wirken im Verwaltungsrat, in den Landesdirektorien und in den Regionalbeiräten maßgeblich an der Willensbildung mit.

DIE ORGANE

(Stand: 1/99)

Bundesorganisation des AMS

VERWALTUNGSRAT

PRÄSIDIUM:

Vorsitzender:

SC Dr. Günther Steinbach

Stellvertreter:

Mag. Georg Ziniel;

Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte

Dr. Wolfgang Tritremmel;

Vereinigung d. Österreichischen Industrie

MITGLIEDER:

REGIERUNGSVERTRETERINNEN:

SC Dr. Günther Steinbach

Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Dr. Werner Bauer

Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Dr. Brigitta Mlinek

Bundesministerium für Finanzen

ARBEITNEHMERVERTRETER:

Mag. Bernhard Achitz

Österreichischer Gewerkschaftsbund

Rudolf Kaske

Gewerkschaft Hotel, Gastgewerbe, Persönlicher Dienst

Mag. Georg Ziniel

Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte

ARBEITGEBERVERTRETER:

Dr. Wolfgang Tritremmel

Vereinigung d. Österreichischen Industrie

Prof. Ing. Peter Kotauczek

Fa. Beko Ing. P. Kotauczek Ges.mbH.

Dr. Fritz Miklau

Wirtschaftskammer Österreich

VERTRETERINNEN DER PERSONALVERTRETUNG:

Mag. Peter Linder, *LGS Steiermark*

Heinz Rammel, *Bundesgeschäftsstelle*

Susanna Kamellor, *LGS Wien*

STELLVERTRETENDE MITGLIEDER:

REGIERUNGSVERTRETERINNEN:

Gerald Gerstbauer

Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Mag. Josef Horvath

Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Dr. Karl Muhr

Bundesministerium für Finanzen

ARBEITNEHMERVERTRETER:

Elisabeth Rolzhauser

Österreichischer Gewerkschaftsbund

Renate Dittmar

Gewerkschaft d. Chemiewerker

Dr. Gernot Mitter

Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte

ARBEITGEBERVERTRETER:

Mag. Wolfgang Pfabigan

Vereinigung d. Österreichischen Industrie

Dr. Josef Singer

Dr. Dietmar Strimitzer

Wirtschaftskammer Österreich

VERTRETERINNEN DER PERSONALVERTRETUNG:

Georg Pirker, *RGS Klagenfurt*

Hansjörg Steinlechner, *RGS Kufstein*

Ingrid Weixlberger, *RGS Steyr*

VORSTAND:

VORSTANDSVORSITZENDER:

Dr. Herbert Buchinger

MITGLIED DES VORSTANDES:

Mag. Herbert Böhm

STÄNDIGE AUSSCHÜSSE DES

VERWALTUNGSRATES

AUSLÄNDERAUSSCHUSS

MITGLIEDER:

Dr. Ingrid Nowotny (Vorsitzende)

Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Dr. Siegfried Pfliegerl

Wirtschaftskammer Österreich

Dr. Christoph Kainz

Wirtschaftskammer Österreich

Mag. Wolfgang Pfabigan

Vereinigung d. Österreichischen Industrie

Dr. Peter Hübner

Obmännerkonferenz der Arbeitgeberverbände

der Land- und Forstwirtschaft

Mag. Kai Axel Biehl

Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte

Josef Wallner

Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte

Mag. Franz Friehs

Österreichischer Gewerkschaftsbund

Mag. Herbert Aufner

Gewerkschaft Bau-Holz

STELLVERTRETENDE MITGLIEDER:

Dr. Hermann Deutsch (stv. Vors.)
Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Dr. Fritz Miklau
Wirtschaftskammer Österreich

Dr. Wolfgang Adametz
Wirtschaftskammer Österreich

Dr. Wolfgang Tritremmel
Vereinigung d. Österreichischen Industrie

Dr. Friedrich Noszek
Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs

Mag. Georg Ziniel
Bundeskammer für Arbeiter u. Angestellte

Mag. Walter Gagawczuk
Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte

Mag. Bernhard Achitz
Österreichischer Gewerkschaftsbund

Bartholomäus Stix
Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie

FÖRDERUNGSAUSSCHUSS

MITGLIEDER:

Dr. Walter Sitek (Vorsitzender)
Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Dr. Fritz Miklau
Wirtschaftskammer Österreich

Rudolf Kaske
Gewerkschaft Hotel, Gastgewerbe, Persönlicher Dienst

Dr. Karl Muhr
Bundesministerium für Finanzen

STELLVERTRETENDE MITGLIEDER:

Mag. Michael Förschner (stv. Vors.)
Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Mag. Wolfgang Pfabigan
Vereinigung d. Österreichischen Industrie

Dr. Gernot Mitter
Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte

Renate Dittmar
Gewerkschaft der Chemiewerker

Mag. Richard Gauss
Mag. Gerlinde Loibner

Mag. Gabriela Offner
Bundesministerium für Finanzen

FORSCHUNGSAUSSCHUSS

MITGLIEDER:

Dr. Christian Operschall (Vorsitzender)
Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Dr. Alfred Duschanek
Wirtschaftskammer Österreich

Gerhard Prager
Österreichischer Gewerkschaftsbund

STELLVERTRETENDE MITGLIEDER:

Mag. Robert Kronaus (stv. Vors.)
Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Dr. Georg Piskaty
Wirtschaftskammer Österreich

Mag. Dr. Michael Mesch
Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte

KONTROLLAUSSCHUSS

MITGLIEDER:

Dr. Karl Muhr (Vorsitzender)
Bundesministerium für Finanzen

Prof. Ing. Peter Kotauczek
Firma Beko GmbH.

Rudolf Kaske
Gewerkschaft Hotel, Gastgewerbe, Persönlicher Dienst

BAUAUSSCHUSS

MITGLIEDER:

Mag. Josef Horvath (Vorsitzender)
Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Dr. Karl Muhr
Bundesministerium für Finanzen

Dr. Fritz Miklau
Wirtschaftskammer Österreich

Dr. Günther Rakuscha
Österreichischer Gewerkschaftsbund

Heinz Rammel
Bundesgeschäftsstelle

STELLVERTRETENDE MITGLIEDER:

Mag. Wilhelm Koldus (stv. Vors.)
Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Mag. Gerlinde Loibner
Bundesministerium für Finanzen

Dr. Josef Singer
Mag. Peter Linder

LGS Steiermark

STRATEGIEAUSSCHUSS

MITGLIEDER:

Mag. Josef Horvath (Vorsitzender)
Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Dr. Karl Muhr
Bundesministerium für Finanzen

Mag. Wolfgang Pfabigan
Vereinigung d. Österreichischen Industrie

Dr. Fritz Miklau
Wirtschaftskammer Österreich

Dr. Gernot Mitter
Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte

Elisabeth Rolzhauser
Österreichischer Gewerkschaftsbund

Heinz Rammel
Bundesgeschäftsstelle

MANAGEMENTAUSSCHUSS

MITGLIEDER:

Dr. Josef Singer (Vorsitzender)
Dr. Werner Bauer
Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Dr. Brigitta Mlinek
Bundesministerium für Finanzen
Dr. Fritz Miklau
Wirtschaftskammer Österreich
Mag. Georg Ziniel
Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte
Rudolf Kaske
Gewerkschaft Hotel, Gastgewerbe, Persönlicher Dienst
Mag. Peter Linder
LGS Steiermark
Heinz Rammel
Bundesgeschäftsstelle

Landesorganisationen des AMS

BURGENLAND

LANDESDIREKTORIUM:

MITGLIEDER:

Dr. Friedrich Gollubits
Landesgeschäftsführer des AMS Burgenland
Mag. Franz Szöke
Stv. des Landesgeschäftsführers
Dr. Friedrich Wedorn
Vereinigung d. Österreichischen Industrie
Landesgruppe Niederösterreich und Burgenland
Mag. Josef Stiglitz
Wirtschaftskammer Burgenland
Mag. Gerhard Rathpoller
Kammer für Arbeiter und Angestellte Burgenland
Alfred Schreiner
Österreichischer Gewerkschaftsbund

STELLVERTRETENDE MITGLIEDER:

Mag. Helene Sengstbratl
Vereinigung d. Österreichischen Industrie
Landesgruppe Burgenland und Niederösterreich
Ernst Peischl
Wirtschaftskammer Burgenland
Mag. Thomas Lehner
Kammer für Arbeiter und Angestellte Burgenland
Anton Kerschbaum
Dietrich Csögl ab 26.3.99
Gewerkschaft Bau-Holz

LANDESGESCHÄFTSFÜHRER:

Dr. Friedrich Gollubits

STELLVERTRETER DES

LANDESGESCHÄFTSFÜHRERS:

Mag. Franz Szöke

KÄRNTEN

LANDESDIREKTORIUM:

MITGLIEDER:

Mag. Josef Sibitz
Landesgeschäftsführer des AMS Kärnten
Franz Zewell
Stv. des Landesgeschäftsführers
Dr. Michael Stattnann
Mag. Werner Sattlegger ab 1.10.99
Vereinigung d. Österreichischen Industrie
Landesgruppe Kärnten
Mag. Norbert Pucher
Wirtschaftskammer Kärnten
Dr. Winfried Haider
Kammer für Arbeiter und Angestellte Kärnten
Gerhard Hausenblas
Österreichischer Gewerkschaftsbund
STELLVERTRETENDE MITGLIEDER:
Mag. Paul Wieser
Vereinigung d. Österreichischen Industrie
Landesgruppe Kärnten
Dkfm. Dr. Helmuth Lerch
Wirtschaftskammer Kärnten
Mag. Josef Bramer
Kammer für Arbeiter und Angestellte Kärnten
Othmar Krakolinig
Österreichischer Gewerkschaftsbund

LANDESGESCHÄFTSFÜHRER:

Mag. Josef Sibitz

STELLVERTRETER DES

LANDESGESCHÄFTSFÜHRERS:

Franz Zewell

NIEDERÖSTERREICH

LANDESDIREKTORIUM:

MITGLIEDER:

Dr. Werner Homrighausen
Landesgeschäftsführer des AMS Niederösterreich
Mag. Karl Fakler
Stv. des Landesgeschäftsführers
Dr. Friedrich Wedorn
Vereinigung d. Österreichischen Industrie
Landesgruppe Niederösterreich und Burgenland
Mag. Martin Egger
Wirtschaftskammer Niederösterreich
Mag. Robert Lehner
Kammer für Arbeiter und Angestellte
Niederösterreich
Gerhard Posset
Österreichischer Gewerkschaftsbund

STELLVERTRETENDE MITGLIEDER:

Mag. Helene Sengstbratl
Vereinigung d. Österreichischen Industrie
Landesgruppe Niederösterreich und Burgenland
Christa Kocher
Wirtschaftskammer Niederösterreich

Mag. Christian Wojta
Kammer für Arbeiter und Angestellte Niederösterreich
Ing. Kurt Aust
Gewerkschaft der Privatangestellten NÖ

LANDESGESCHÄFTSFÜHRER:
Dr. Werner Homrighausen
STELLVERTRETER DES
LANDESGESCHÄFTSFÜHRERS:
Mag. Karl Fakler

ÖBERÖSTERREICH

LANDESDIREKTORIUM:
MITGLIEDER:
Dr. Roman Obrovski
Landesgeschäftsführer des AMS Oberösterreich
Dr. Rudolf Neidl
Stv. des Landesgeschäftsführers
Dr. Kurt Pieslinger
Vereinigung d. Österreichischen Industrie
Landesgruppe Oberösterreich
Dr. Eduard Leischko
Ing. Gerhard Buchroithner ab 1.9.99
Wirtschaftskammer Oberösterreich
Mag. Gertraud Jahn
Kammer für Arbeiter und Angestellte Oberösterreich
Hubert Wipplinger

Dr. Erich Gumpmaier ab 19.3.99
Österreichischer Gewerkschaftsbund
STELLVERTRETENDE MITGLIEDER:
Mag. Eva Schindlauer
Dr. Hans Matthias Aigner ab 1.9.99
Vereinigung d. Österreichischen Industrie
Landesgruppe Oberösterreich
Dr. Erhard Prugger
Wirtschaftskammer Oberösterreich
Mag. Rudolf Moser
Kammer für Arbeiter und Angestellte Oberösterreich
Dr. Erich Gumpmaier
Rainer Remsing ab 19.3.99
Österreichischer Gewerkschaftsbund

LANDESGESCHÄFTSFÜHRER:
Dr. Roman Obrovski
STELLVERTRETER DES
LANDESGESCHÄFTSFÜHRERS:
Dr. Rudolf Neidl

SALZBURG

LANDESDIREKTORIUM:
MITGLIEDER:
Dr. Erwin Buchinger
Landesgeschäftsführer des AMS Salzburg
Siegfried Steinlechner
Stv. des Landesgeschäftsführers

Dr. Gerhard Heinrich
Vereinigung d. Österreichischen Industrie
Landesgruppe Salzburg
Dr. Josef Oberrauch
Wirtschaftskammer Salzburg
Mag. Wilfried Bischofer
Kammer für Arbeiter und Angestellte Salzburg
Rupert Schindlauer
Österreichischer Gewerkschaftsbund
STELLVERTRETENDE MITGLIEDER:
Peter Lindhuber
Fa. Porsche Salzburg
Dr. Klaus Rainer
Wirtschaftskammer Salzburg
Mag. Renate Böhm
Mag. Richard Hennessey ab 29.1.99
Kammer für Arbeiter und Angestellte Salzburg
Gerhard Dobernig
Österreichischer Gewerkschaftsbund

LANDESGESCHÄFTSFÜHRER:
Dr. Erwin Buchinger
STELLVERTRETER DES
LANDESGESCHÄFTSFÜHRERS:
Siegfried Steinlechner

STEIERMARK

LANDESDIREKTORIUM:
MITGLIEDER:
Hans Kaiser
Landesgeschäftsführer des AMS Steiermark
Dr. Helfried Faschingbauer
Stv. des Landesgeschäftsführers
Dr. Arnold Url
Vereinigung d. Österreichischen Industrie
Landesgruppe Steiermark
Dr. Heinz Rothe
Wirtschaftskammer Steiermark
Dr. Peter Astner
Kammer für Arbeiter und Angestellte Steiermark
Werner Albler
Österreichischer Gewerkschaftsbund
STELLVERTRETENDE MITGLIEDER:
Dr. Thomas Krautzer
Vereinigung d. Österreichischen Industrie
Landesgruppe Steiermark
Dr. Ingrid Kuster
Wirtschaftskammer Steiermark
Mag. Friedrich Koiner
Dr. Armin Gibiser ab 1.8.99
Kammer für Arbeiter und Angestellte Steiermark
Helmut Jaksch
Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie

LANDESGESCHÄFTSFÜHRER:

Hans Kaiser

STELLVERTRETER DES

LANDESGESCHÄFTSFÜHRERS:

Dr. Helfried Faschingbauer

TIROL

LANDESDIREKTORIUM:

MITGLIEDER:

Heinrich Rohrmoser

Landesgeschäftsführer des AMS Tirol

Anton Kern

Stv. des Landesgeschäftsführers

Dr. Dietmar Bachmann

Vereinigung d. Österreichischen Industrie

Landesgruppe Tirol

Dr. Peter Reiter

Wirtschaftskammer Tirol

KR Franz Fuchs

Österreichischer Gewerkschaftsbund

Vertreter d. AK

Siegfried Astl

Gewerkschaft Hotel, Gastgewerbe, Pers. Dienste

STELLVERTRETENDE MITGLIEDER:

Dr. Norbert Ulf

Vereinigung d. Österreichischem Industrie

Landesgruppe Tirol

Dr. Peter Trost

Wirtschaftskammer Tirol

Dr. Fritz Baumann

Kammer für Arbeiter und Angestellte Tirol

Horst Trutschnig

Gewerkschaft Chemie

LANDESGESCHÄFTSFÜHRER:

Heinrich Rohrmoser

STELLVERTRETER DES

LANDESGESCHÄFTSFÜHRERS:

Anton Kern

VORARLBERG

LANDESDIREKTORIUM:

MITGLIEDER:

Dr. Werner Schelling

Landesgeschäftsführer des AMS Vorarlberg

Anton Strini

Stv. des Landesgeschäftsführers

Mag. Edgar Kilian

Vereinigung d. Österreichischen Industrie

Landesgruppe Vorarlberg

Dr. Helmar Stefko

Wirtschaftskammer Vorarlberg

Mag. Heinz Peter

Kammer für Arbeiter und Angestellte Vorarlberg

Franz Leikam

Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie

STELLVERTRETENDE MITGLIEDER:

Dr. Andreas Schierle

Irmgard Meyer ab 8.4.99

Vereinigung d. Österreichischen Industrie

Landesgruppe Vorarlberg

Dr. Helmut Steuerer

Wirtschaftskammer Vorarlberg

Rudolf Zimmermann

Kammer für Arbeiter und Angestellte Vorarlberg

Willibald Elisser

Gewerkschaft Bau-Holz

Norbert Lackner ab 8.4.99

Österreichischer Gewerkschaftsbund

LANDESGESCHÄFTSFÜHRER:

Dr. Werner Schelling

STELLVERTRETER DES

LANDESGESCHÄFTSFÜHRERS:

Anton Strini

WIEN

LANDESDIREKTORIUM:

MITGLIEDER:

Klaus Werner

Landesgeschäftsführer des AMS Wien

Dr. Ingeborg Friehs

Stv. des Landesgeschäftsführers

Dr. Thomas Oliva

Vereinigung d. Österreichischen Industrie

Landesgruppe Wien

Ing. Josef Bitzinger

Wirtschaftskammer Wien

Josef Wallner

Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien

Bertl Stix

Josef Macek ab 1.11.99

Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie

STELLVERTRETENDE MITGLIEDER:

Mag. Christian Haunold

Vereinigung d. Österreichischen Industrie

Landesgruppe Wien

Dr. Walter Zeiler

Wirtschaftskammer Wien

Mag. Silvia Hofbauer

Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien

Dr. Dwora Stein

Gewerkschaft der Privatangestellten

LANDESGESCHÄFTSFÜHRER:

Klaus Werner

STELLVERTRETERIN DES

LANDESGESCHÄFTSFÜHRERS:

Dr. Ingeborg Friehs